Kein Projekt war in den letzten Jahren in Braunschweig so umstritten wie die Überbauung der innerstädtischen Grünfläche Schlosspark mit einem Einkaufszentrum. Gut drei Jahre dauerte die Diskussion um das Projekt „Schloss-Arkaden", gut drei Jahre haben sich Menschen kontinuierlich ehrenamtlich und unentgeltlich für den Erhalt des Schlossparks engagiert. Selten kamen dabei so viele Menschen aus den unterschiedlichsten gesellschaftlichen Gruppen zusammen. Die Dokumentation „Der Park gehört uns" würdigt dieses Engagement.

Einige Schwerpunkte aus dem Inhalt:

- Das erste Bürgerbegehren in Braunschweig
- Gutachten zu Klima, Verkehr und Städtebau
- Diskussion um den Verlust öffentlichen Raums
- Vortragsreihe „Der Schlosspark blüht"
- „Gut informiert ins Wochenend" und Freitagstreffen
- Die erste Menschenkette in Braunschweig

ISBN: 3-926 701-70-6

Silke Böhme, Nicole Palm (Hg.)

»Der Park gehört uns!«

Braunschweig kämpft um seinen Schlosspark

Impressum

Titel:	»Der Park gehört uns!«
Untertitel:	Braunschweig kämpft um seinen Schlosspark
Herausgeber:	Silke Böhme, Nicole Palm
Autoren:	Matthias Breuer, Prof. Berthold Burkhardt, Karl Fr. Eckhardt, Carlo Fuchs, Alexandra Funke, Dr. Michael Kaps, Dr. Uwe Meier, Nicole Palm, Sigrid Probst, Dr. Holger Pump-Uhlmann, Meinhard Ritscher, Barbara Schulze, Roland Sellien, Gabriele Uhlmann, Hansi Volkmann, Stefan Vockrodt, Matthias Witte
	Comic „Bruno und die Schlossgespenster"
Lyrik:	Thorsten Stelzner
Illustration:	Ingo Lehnhof
Fotos:	Matthias Bammel, Gerrit Brodmann, Silke Böhme, Karl Fr. Eckhardt, Marcus Else, Alexandra Funke, Sabine Kern, Holger Pump-Uhlmann, Roland Sellien, Enda Warecka
Titelbild:	Gerrit Brodmann
Lektorat:	Silke Böhme, Nicole Palm
Mitarbeit:	Alexandra Funke, Thomas Langner, Susanna Latzko, Frieder Schöbel
Typografie und Layout:	Alexandra Funke
Druck und Verarbeitung:	braunschweig-druck GmbH

ISBN: 3-926 701-70-6

© Silke Böhme, Nicole Palm, Braunschweig, 2006
Alle Rechte vorbehalten. Die inhaltliche Verantwortung für die einzelnen Beiträge liegt bei den Autoren. Dieses Werk ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung, auch auszugsweise, ist nur mit der Einwilligung der Herausgeberinnen zulässig. Dies gilt insbesondere für fotomechanische Vervielfältigung sowie Übernahme oder Verarbeitung in EDV-Systemen.

Vorwort

Sehr geehrte Leserin, sehr geehrter Leser,

am 18. Mai 2005, also vor über einem Jahr, fiel der Braunschweiger Schlosspark. Ein Ereignis, das bei vielen Menschen Wut, Trauer, Ohnmacht und Enttäuschung auslöste. Diese Emotionen manifestierten sich mehr als eindrucksvoll einige Tage später in der Menschenkette rund um den Bauzaun, der größten kommunalpolitischen Kundgebung der letzten Jahrzehnte.

Das Engagement, das die Bürgerinnen und Bürger an den Tag legten, um sich für den Erhalt des Schlossparks einzusetzen, hatte viele Gesichter. Es reichte über selbst gemachte Bilder, Transparente und stillen Protest hin zu Vorträgen, Informationsveranstaltungen und Aktionen. Einen wesentlichen Bestandteil der Aktivitäten stellte die unermüdliche Informationsarbeit durch die Freitagsausgabe „Gut informiert ins Wochenend" und die Internetseite www.schlosspark-braunschweig.de dar, die einen Gegenpol zur wenig objektiven Berichterstattung der lokalen Presse bildeten.

Noch nie hat eine kommunalpolitische Entscheidung in den letzten 40 Jahren seit dem Abriss des Schlosses in unserer Stadt so für Diskussionen gesorgt. Jeder hatte zu diesem Thema eine Meinung, viele wollten mitreden – und mitentscheiden. Nicht umsonst haben über 30 000 Menschen das erste Bürgerbegehren in der Geschichte der Stadt Braunschweig unterschrieben, unter ihnen überdurchschnittlich viele Jugendliche unter 16 Jahren, deren Unterschrift nicht berücksichtigt werden konnte.

Allen Aktiven war und ist eines gemeinsam: Die gegenseitige Unterstützung und Anerkennung hat dazu beigetragen, dass viele weitergemacht haben und sich über zwei Jahre lang für den Erhalt des Schlossparks eingesetzt haben. Zahlreiche Mitstreiter kommen auch heute noch regelmäßig zu den nach wie vor stattfindenden „Freitagstreffen" – zum Erfahrungsaustausch oder einfach nur, um lieb gewonnene Menschen zu treffen.

Diese Dokumentation ist all denjenigen gewidmet, die die zahlreichen Aktivitäten für den Erhalt des Schlossparks durch ihr Engagement, ihre Kreativität und ihren unermüdlichen Einsatz möglich gemacht haben.

Silke Böhme und Nicole Palm

Die Entstehung dieser Dokumentation ist auf das Engagement vieler Schlossparkfreunde zurück zu führen.

Wir danken daher:

- allen Autorinnen und Autoren
- allen Fotografinnen und Fotografen
- allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern,

sowie allen Unterstützern:

Karl Fr. Eckhardt, Thomas Erbe, Holger Fricke, Karin Giese, Frank Graffstedt, Jörg Hitzmann, Stefan Hölzer, Bernd Homann, Elke Hübner, Jürgen Johannes, Michael Kaps, Detlef Kühn, Ute Lampe, Thomas Langner, Volker Marten, Gerhard Mauz, Wilhelm Meister, Uwe Meier, Mathias Möreke, Barbara Nucon, Hans-Peter Palm, Wolfgang Pause, Frauke Pieper, Burkhard Plinke, Sigrid Probst, Hagen Rösch-Meier, Peter Rosenbaum, Kristine Schmieding, Frieder Schöbel, Elke Schrage, Barbara Schulze, Lutz Sebbesse, Reinhard Siekmann, Volker Thole, Enda Warecka, Gisela Witte sowie weiteren Unterstützern.

Ohne ihren Beitrag wäre das Erscheinen dieser Broschüre nicht möglich gewesen.

Ein besonderer Dank gilt Alexandra Funke, die durch ihren unermüdlichen Einsatz entscheidend zur Realisierung dieses Projektes beigetragen hat.

I. Wie alles begann ...

Wie ECE an den Schlosspark kam

Stefan Vockrodt

Seit 1959, als der Stadtrat mit knapper Mehrheit den Abriss der Schlossruine am Bohlweg beschloss, fehlte es nicht an Stimmen, Forderungen und Initiativen, dieses rückgängig zu machen. Nicht nur Ewiggestrige wollten den Bau, der zuletzt als NS-Junkerschule diente und zu den eher unbedeutenden Entwürfen Carl Theodor Ottmers gehört, zurückhaben. Auch manch durchaus vernünftiger Bürger wünschte sich eine Schließung der Lücke am Bohlweg.

Bedingt durch Verträge, die der Stadt eine Veräußerung oder anderweitige Nutzung des Grundstücks untersagten, entstand an Stelle des Schlosses der Schlosspark, verkleinert um die überdimensionierte Georg-Eckert-Straße, die, wie das gesamte Bohlweg-Ensemble (Galeria Kaufhof, Rathaus-Neubau) den Wahn der autogerechten Betonstadt der 1960er und 1970er Jahre atmet. Auch das Rizzi-Haus steht auf ehemaligem Schlossterrain.

In den neunziger Jahren wagten die Herren Borek, Nachfolger seines Vaters, der den Traum vom wiedererstandenen Schloss an ihn vererbte, und Munte, Ratsherr und Bauunternehmer, einen neuen Vorstoß. Der scheiterte erneut. Weder als Hotel noch als Multiplexkino konnte sich hier eine Mehrheit für die Schlossfassade erwärmen.
Die Stadt begann nun immerhin, den Schlosspark herzurichten, der ehemalige Schlossgarten wurde neu gestaltet (in Zusammenhang mit dem neu errichteten Kleinen Haus) und im Laufe der Jahre hätte hier eine grüne, belebte Lunge der zentralen Innenstadt entstehen können.

Doch dann wurde im September 2001 der CDU-Kandidat Gert Hoffmann zum Oberbürgermeister gewählt. Seine Kampagne hatten die Herren Borek und Munte massiv gesponsert – der Neue im Rathaus, angetreten als Sparmeister und Saubermann, wusste, was sie von ihm erwarteten. Und er zeigte sich dankbar gegenüber seinen Herren.

Im Sommer 2002 tauchten erste Gerüchte auf, die sich verfestigten, als mit Datum vom 11. September 2002 ein Vorvertrag zwischen der Stadt und der Hamburger ECE Projektmanagement GmbH & Co. KG in Form einer „Entwicklungsvereinbarung" geschlossen wurde, der die Errich-

tung eines Einkaufszentrums auf dem Areal des Schlossparks zum Ziel hatte.

Hier fanden alte Bekannte zusammen, hatte doch Gert Hoffmann in seiner Zeit in Dessau, wo er nach der Wende unter der Regierung des Herrn Münch Regierungspräsident war, mit ECE schon einmal eine Mall durchgesetzt.

Man hatte Mitte der neunziger Jahre, bevor Hoffmann seine einstige NPD-Nähe einholte und er geschasst wurde, gut zusammengearbeitet. Dies sollte auch in Braunschweig möglich sein.

Die Dimensionen des Projektes waren gewaltig, es sollte nicht nur die bebaute Fläche des ehemaligen Schlosses erfassen. Der gesamte Park, einschließlich des historischen, aus dem 18. Jahrhundert stammenden Schlossgartens, sollte unter einem gigantischen Einkaufszentrum mit Großparkhaus verschwinden. Das sorgte für Aufruhr in der ansonsten eher ruhigen Stadt.

Drei große innerstädtische Einkaufspassagen waren seinerzeit neben dem Schlossparkcenter im Gespräch. Keine erreichte dessen Dimensionen, doch jede hätte der Stadt besser dienen können als das, was ECE und Hoffmann nun in den Schlosspark setzten.

Schlosspassage
Einst voller gehobener Geschäfte, heute fast ein Cityslum – Leerstand, Baracken aus den Fünfzigern, mit Spanplatten vernagelte Schaufenster. Eine holländische Gruppe wollte hier etwas Ähnliches entwickeln wie ECE im Schlosspark, etwas kleiner vielleicht und hinter der existierenden Bebauung unter Einbeziehung des ehemaligen Polizeipräsidiums, das nun anderweitig genutzt wird.

Postpassage
Von der Friedrich-Wilhelm-Straße durch die alte Hauptpost zum Kattreppeln sollte diese Passage führen. Auch hier hätten vorhandene Bausubstanz genutzt beziehungsweise am gleichen Ort ersetzt und Braunschweigs echte City gestärkt werden können.

Steinwegpassage
Lange Jahre war die Steinwegpassage wie die Schlosspassage eine Ladenstraße im Verfall – seit einiger Zeit tut sich da etwas, die Entwicklung nach Fertigstellung der Schloss-Arkaden bleibt abzuwarten. Strittig ist zurzeit der Fortbestand des so genannten Platanenhügels, der dem geplanten Schlosscarrée weichen soll (Stand: Juni 2006). Dieser ist der letzte Rest des historischen Schlossgartens.

Nachteil aller Projekte war allerdings: Der Bohlweg blieb der Schandfleck der Innenstadt.
Und hierüber hebelte Hoffmann mit Hilfe von ECE bezahlter Gutachten die potenziellen Konkurrenten aus. Im Zuge der Schlossparkbebauung sollte der Bohlweg neu und städtischer gestaltet werden. Wie das wurde, kann man jetzt sehen. Die innerstädtische Autobahn und Feinstaubrekordmeile besteht weiter. Sie wird weiter das Einkaufscenter – euphemistisch Schloss-Arkaden getauft – von der Innenstadt trennen, all dies im Interesse des Investors ECE – kaum im Interesse der Braunschweiger Bürgerinnen und Bürger.

„Das Schlossgespenst – und andere Ungeheuerlichkeiten"
Titel der Umweltzeitung 1/2003

»Wir machen eine Bürgerbefragung!«

Barbara Schulze

Geboren wurde die Idee am 17. Oktober 2002 im Rahmen einer GRÜNEN-Mitgliederversammlung. Ein „alter Hase" von der Parteibasis regte an, im Rat eine Bürgerbefragung zu dem heiß umstrittenen ECE-Center zu beantragen. Die anwesenden Fraktionsmitglieder waren von diesem Vorschlag begeistert und sagten zu, ihn schnellstmöglich in die Tat umzusetzen.

Gesagt, getan: Bereits am 23. Oktober 2002 brachten die GRÜNEN einen Antrag auf „Bürgerbefragung zum ECE-Einkaufszentrum im Schlosspark" ein. Am 31. Oktober 2002 verkündete die Ratsfraktion in einer viel beachteten Pressemitteilung: *„ECE-Kaufhaus im Schlosspark: GRÜNE wollen Bürgerbefragung – Die Braunschweiger Bürgerinnen und Bürger sollen selbst entscheiden!"*

Foto: Holger Pump-Uhlmann

Im Rat wurde der genannte Antrag am 5. November 2002 erstmals behandelt. Der Antragstext hatte folgenden Wortlaut: *„Die Verwaltung wird gebeten, zur Ratssitzung im Dezember einen Vorschlag für eine Satzung zur Durchführung einer Bürgerbefragung nach § 22d NGO vorzulegen. Mit dieser Befragung soll ermöglicht werden, dass der Rat bei seiner Entscheidung über die Verwirklichung des von ECE geplanten Einkaufszentrums im Schlosspark die Meinung der Braunschweiger Bürgerinnen und Bürger angemessen berücksichtigen kann. Die Befragung soll nach Vorliegen der Pläne und Gutachten zu dem Projekt durchgeführt werden."*

Der zitierte § 22d der Niedersächsischen Gemeindeordnung (NGO) zur Bürgerbefragung besagt: *„Der Rat kann in Angelegenheiten der Gemeinde eine Befragung der Bürgerinnen und Bürger beschließen. Das Nähere ist durch Satzung zu regeln."* 1996 war dieser Paragraph in die NGO eingefügt worden. Die Bürgerbefragung ist für solche Fälle gedacht, in denen der Rat seine Entscheidung vom Votum der Bürgerinnen und Bürger abhängig machen will. In Braunschweig wurde eine solche Bürgerbefragung noch nie durchgeführt.

Nach dem Willen der seit November 2001 amtierenden schwarz-gelben Ratsmehrheit soll dies auch so bleiben. Dies wurde im Verlauf der intensiven Debatte über den GRÜNEN-Ratsantrag mehr als deutlich.

Bei der Ratssitzung am 5. November 2002 argumentierten CDU und FDP – angesichts der bevorstehenden Landtagswahl am 2. Februar 2003 – noch vorsichtig-abwartend. Originalton Gert Hoffmann (CDU): *„Zunächst muss ich gestehen, der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist es gelungen, mich zu überraschen und zugleich, mir neue Erkenntnisse über die Gemeindeordnung zu vermitteln.*

Ich wusste bis zu ihrem Antrag gar nicht, dass es diese Vorschrift gibt. … Ich halte sie nicht für glücklich." Leider erfolgreich warnte der Oberbürgermeister vor einem angeblichen „Schnellschuss".

Eine unheilige Allianz aus CDU, FDP und SPD votierte für eine Absetzung und Vertagung des anscheinend sehr brisanten Tagesordnungspunktes auf Februar oder März 2003.

Am 25. Februar 2003 wurde dann der Antrag der GRÜNEN erneut im Rat behandelt. Hier wurde die Debatte um das Für und Wider von direkter und repräsentativer Demokratie mit härteren Bandagen ausgetragen.

Die Verwaltung hatte auf den GRÜNEN-Ratsantrag mit einer Satzung reagiert, die Bürgerbefragungen zu allen wichtigen kommunalpolitischen Themen (unter anderem zur Aufstellung, Änderung, Ergänzung und Aufhebung von Bauleitplänen und sonstigen Satzungen nach dem Baugesetzbuch) unmöglich macht.

Oberbürgermeister Hoffmann bekannte: *„Wer heute dieser Satzung zustimmt, schließt damit definitiv eine Bürgerumfrage über ein Bebauungsplanverfahren ECE aus."* Genau das taten CDU und FDP in gewohnt bürgerfeindlicher Manier dann auch.

SPD und GRÜNE lehnten die vorgelegte Satzung hingegen ab. Leider konnte die SPD sich aber nicht dazu durchringen, dem Antrag der GRÜNEN auf Durchführung einer Bürgerbefragung zuzustimmen, sie enthielt sich hier der Stimme.

So mussten die Braunschweigerinnen und Braunschweiger bis zur Einleitung des Bürgerbegehrens für den Erhalt des Schlossparks warten, bevor sie mit ihrer Unterschrift ein Signal gegen die geplante Schlosspark-Bebauung setzen konnten.

II. Das erste Bürgerbegehren in Braunschweig

Das Bürgerbegehren

Berthold Burkhardt

Nicht nur im Baugesetzbuch, sondern auch in den meisten Gemeindeordnungen ist eine frühzeitige Bürgerinformation und –beteiligung bei Entscheidungen der Kommunen verankert. Man könnte meinen, eine stabile Grundlage für die lokale Demokratie. Doch wie sah es vor Ort aus?

Die Stadt Braunschweig beabsichtigte, den innerstädtischen Schlosspark einem Investor zum Bau und Betrieb eines Shopping-Centers in der Größe von mindestens 30 000 Quadratmetern zu überlassen. Randbedingung und Lockvogel war der Wiederaufbau des zerstörten und 1960 abgerissenen Welfenschlosses, obwohl es sich in Wahrheit nur um die Nachempfindung der Fassaden handelte. Seit einem Ratsbeschluss im Juli 2003, bei dem die Stimme des Oberbürgermeisters Gert Hoffmann (CDU) den Ausschlag gab, wurde das Vorhaben „Schloss-Arkaden" bezüglich der Planung und Genehmigung weitergeführt.

Ein Bürgerbegehren ist die letzte demokratische Einfluss- beziehungsweise Einspruchsmöglichkeit der Bürger bei Entscheidungen der Stadt, sieht man von rechtlichen Schritten im Zuge von Bebauungsplan- und Bauordnungsverfahren einmal ab. Nachdem die öffentliche Diskussion und Artikulation nur bei der Opposition Gehör fand, Fraktionszwänge die Situation verhärteten und der Rat der Stadt eine Befragung der Bürger nach Gemeindeordnung mehrheitlich ablehnte, wurde es höchste Zeit, dass die Bürger sich verstärkt zu Wort meldeten. Noch vor Veröffentlichung der entsprechenden Ratsvorlage und dem Abstimmungstermin zur Weiterführung des Projekts, am 23. Juni 2003, meldeten drei Braunschweiger Bürger das Bürgerbegehren für den Erhalt des Schlossparks – das erste seiner Art in Braunschweig – an. Ziel war ein Bürgerentscheid. Der Zeitpunkt der Anmeldung ist im Verfahren deshalb nicht unerheblich, da in der Gemeindeordnung ein Bürgerbegehren gegen ein laufendes Bebauungsverfahren ausgeschlossen ist.

Der Rat der Stadt hat sich trotz des laufenden Bürgerbegehrens in seiner Entscheidung am 8. Juli 2003 mit einer Stimme Mehrheit für den Bau eines Shopping-Centers auf dem Areal des Schlossparks ausgesprochen.

Bürger denken und handeln nicht eindimensional. Außer dem zentralen Votum zum Erhalt der Grünanlage des Schlossparks haben sie auch Meinungen zu einem Shopping-Center an diesem oder an einem anderen Standort, natürlich auch zum scheinbaren Wiederaufbau des Welfenschlosses. Bürger haben nicht nur Fragen an ihre Stadtverwaltung und ihre gewählten Parlamentarier. Sie fragen auch, warum in diesem Fall die Stadt- und Verkehrsplaner keine Alternativen für die Stadtentwicklung vorgelegt haben. Sie fragen die Architekten, die Teilnehmer und Preisrichter an den Fassaden- und Freiraumwettbewerben nach ihren Wertvorstellungen zur Ökologie, zur Verträglichkeit überdimensionaler, introvertierter Großstrukturen mit der Innenstadt und nicht zuletzt nach ihrem Geschichts- und Kulturbegriff, der sich an der vorgegebenen Schlossattrappe festmachen lässt.

Letztlich richtete sich das Bürgerbegehren nicht gegen Investoren, sie sind sogar bitter nötig. Es war und ist aber ein kommunalpolitischer Offenbarungseid, eine sanierungsfähige Innenstadt aufzugeben, um dicht daneben ein neues Zentrum aus der Retorte zu setzen.
Über 30 000 Bürger haben sich bis zum Stichtag Mitte Dezember 2003 auf den Listen des Bürgerbegehrens eingetragen – 19 388 waren erforderlich. Der Verwaltungsauschuss lehnte das Bürgerbegehren ab – die Gerichte mussten sich dieser Frage annehmen.

(Aktualisierter Artikel, erstmalig erschienen in der „Bauwelt" 1-2, 2004)

Nachbemerkung

Das Ungetüm des Schlosskaufhauses wächst inzwischen. Die Dimensionen, die Zerstörung des Stadtbildes der Innenstadt, die Mogelattrappe sind erkennbar. Die strukturellen Veränderungen beginnen sich bereits abzuzeichnen, wenngleich sie mit Stadtverschönerungen aufgewogen werden sollen.

War nun diese Bürgerinitiative ein Fehlschlag? Das Kaufschloss konnte nicht verhindert werden. Bürger haben aber eindrucksvoll gezeigt, dass sie sich an entscheidenden Fragen der Stadtentwicklung beteiligen können und wollen[1]. Ist es aber nicht endlich an der Zeit, Stadtplanung nicht in Form eines elitären Dialogs, sondern unter Beteiligung der Mehrheit der Betroffenen stattfinden zu lassen? Der erste Schritt könnte die Öffnung des Gesetzes zur Bürgerbeteiligung in Niedersachsen sein. Wenn nicht schon wieder Wahlkampf wäre ..., der sich in diesem Lande inzwischen als Dauerblockade etabliert hat.

1 Anna Teut: Der Bürger als Gestalter oder Opfer der Planung? In: Uwe Schultz (Hrsg.): Umwelt aus Beton oder unsere unmenschlichen Städte. rororo aktuell, Reinbek 1971

Bürgerentscheid zum ECE: Gerichte sagen »nein«

Nicole Palm

Nach der ablehnenden Entscheidung des Verwaltungsausschusses blieb den Initiatoren des Bürgerbegehrens nur noch der Weg vor das Verwaltungsgericht. Dieser wurde beschritten – und bereits drei Monate später (im Mai 2004) kam es zur Verhandlung. Noch einmal legten Nicole Palm, Berthold Burkhardt und Knut Meyer-Degering ihre Beweggründe dar, noch einmal beharrte die Stadt Braunschweig auf ihrer Position. Und ihr wurde Recht gegeben. Der Vorsitzende Richter Enno Harms folgte der Rechtsauffassung der Stadt in drei von vier Punkten. So sei es nach Auffassung des Gerichts unzulässig, ein Bürgerbegehren zu initiieren, wenn bereits bekannt ist, dass ein Bebauungsplan aufgestellt werden soll. Darüberhinaus entspräche der Kostendeckungsvorschlag nicht den formal-juristischen Anforderungen. Vor allen Dingen aber schloss sich das Gericht der Rechtsauffassung an, dass es sich beim Bürgerbegehren für den Erhalt des Schlossparks um ein kassatorisches Bürgerbegehren handele, dessen Frist lediglich drei Monate betrage und somit eine Verfristung bei der Abgabe der Unterschriften eingetreten sei. Dieser Rechtsauffassung schloss sich das Oberverwaltungsgericht in Lüneburg einige Monate später an.

Dazu muss man wissen, dass gemäß der Niedersächsischen Gemeindeordnung (NGO) zwei Typen von Bürgerbegehren möglich sind: initiatorische und kassatorische. Der wesentliche Unterschied liegt darin, dass initiatorische Bürgerbegehren sozusagen ein Thema erst auf die Tagesordnung bringen (und somit noch keine Ratsbeschlüsse vorliegen oder absehbar sind). Kassatorische Bürgerbegehren hingegen beziehen sich auf bereits vorliegende oder absehbare Ratsbeschlüsse (gibt es einen Ratsbeschluss, kann dieser durch den nachfolgenden Bürgerentscheid außer Kraft gesetzt werden).

Die Stadt Braunschweig hatte bei Anmeldung des Bürgerbegehrens mitgeteilt, dass die Frist für die Sammlung der Unterschriften sechs Monate betragen würde. Damit hatte sie indirekt bestätigt, dass es sich um ein initiatorisches Bürgerbegehren handelt.

III. Vielfältiges Engagement für den Erhalt des Schlossparks

»Der Schlosspark blüht«

Hansi Volkmann

Der Deutsche Gewerkschaftsbund – Kreis Braunschweig hat sich im Jahr 2004 mit einer Vortragsreihe und Aktionen an der Diskussion um den Erhalt des Schlossparks in Braunschweig beteiligt. Die Diskussionsbeiträge und Aktivitäten in der Innenstadt wurden gemeinsam mit der Initiative Innenstadt (einem freiwilligen Zusammenschluss von Braunschweiger Gewerbetreibenden und Kaufleuten) und der Initiative „Bürgerbegehren Schlosspark Braunschweig" geplant und durchgeführt. Sie waren vor allem dazu gedacht über die zukünftigen Gefahren einer ECE-Ansiedlung nachzudenken und die grüne Lunge im Herzen der City – den Schlosspark zu erhalten.

Es begann mit einer Veranstaltung mit dem Rechtsanwalt der Initiative, Norbert Große Hündfeld: „Was nun/tun Bürger Braunschweigs", in der über die Möglichkeiten von Einwänden gegen den Bebauungsplan informiert wurde. Ratsherr Siegfried Rackwitz (SPD) referierte am 31.03.2004 über „Braunschweigs Grünflächen und Parkanlagen", deren Schönheit er anhand zahlreicher Bilder verdeutlichte.

Andreas Meihsies von der Landtagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen und Tim Weber vom Verein „Mehr Demokratie" informierten die interessierte Braunschweiger Bevölkerung über die Möglichkeiten des Bürgerbegehrens und des Bürgerentscheids. In Niedersachsen sind beide demokratischen Mitsprachemöglichkeiten rechtlich stark eingeschränkt. In einigen anderen Bundesländern, beispielsweise Bayern, gehört es zum Tagesgeschäft, dass Bürger mit Begehren oder Entscheiden in die politische Praxis eingreifen.

Wolfgang Müller vom Niedersächsischen Landesamt für Ökologie (NLÖ) durfte am 14.04.2004 nicht in Braunschweig auftreten. Die politischen Kanäle wurden aktiviert und es wurde ihm untersagt die Braunschweiger Bevölkerung über die zu erwartende Luftverschmutzung nach Bau des ECE zu informieren. Gisela Witte, Fraktionsvorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen, und Roland Sellien vom Verkehrsclub Deutschland (VCD) sprachen daher ebenso kompetent zum Thema „Braunschweig geht die Luft aus".

Auszug aus dem Brief des Niedersächsischen Umweltministeriums an das Umweltzentrum Braunschweig e. V. vom 26.03.2004

„... Hierzu möchte ich Ihnen mitteilen, dass hierfür weder ein Vertreter des Niedersächsischen Landesamtes für Ökologie noch des Niedersächsischen Umweltministeriums zur Verfügung steht.
Ich halte es für nicht vertretbar, wenn in einem noch laufenden Entscheidungsprozess der Stadtverwaltung Braunschweig ein Vertreter der obersten Landesbehörde oder eines Landesamtes durch seine Teilnahme an einer Veranstaltung der von Ihnen geplanten Art auch nur den Anschein einer Parteinahme erwecken könnte. ..."

Den wohl interessantesten Vortrag der kleinen Reihe hielt Prof. Roland Ostertag, ehemaliger Professor an der TU Braunschweig und nach seiner Emeritierung Freier Architekt in Stuttgart, zum Thema: „Politik am Ende? Ausbau einer Bürgergesellschaft". Im Einladungsflyer schrieb er: *„Denn unwirklich, ja gespenstisch ist es, was in dieser Stadt augenblicklich vor sich geht: Da soll nach 40-jähriger Vernachlässigung des Schlossparks auf Initiative und Vorgabe eines Investors, der ECE-Gruppe, dieser mit einem Kaufhaus mit vorgeschalteter Schlossfassade überbaut werden. Verschiedene nachgeschaltete, vom Investor vergütete Gutachten in den Bereichen Städtebau, Nutzung, Verkehr bestätigen – wie kann es anders sein? – das Vorhaben. Bestenfalls dürfen dann Architekten in einem Wettbewerb die Fassaden für die präfixierten Baukörper und deren Inhalte, entwickeln."* Besonders wandte er sich als Stadtplaner gegen die Absicht, die Zukunft Braunschweigs einem mit Geld winkenden Investor zu überlassen. Stadtplanung hat in der Kommune zu passieren und ist als demokratischer Prozess zu organisieren, mit und nicht gegen die Bevölkerung.

Zuvor hielt der Gartendenkmalpfleger Prof. Dr. Marcus Köhler von der Fachhochschule Neubrandenburg einen Vortrag über „Braunschweig – Stadt im Grünen". Bereits in der Wiederaufbauphase nach 1945 bestand in Braunschweig der Wunsch einer autogerechten Stadt. In der Folge wurden zahlreiche historisch gewachsene Grünbereiche der Stadt zerstört, so Teile des Schlossparks, der Campeschen und Viewegschen Gärten und der Windmühlenberg.

Zum Abschluss der Reihe hielt Dr. Behling einen Vortrag zur „Zukunft des Handels in Braunschweig". Behling ist Unternehmensberater und stellt in seiner Beratertätigkeit in zunehmendem Maße fest, dass Unternehmensgründungen im Einzelhandel immer häufiger in direktem Zusammenhang mit Grossisten und Ketten realisiert werden. Regionale Besonderheiten werden zugunsten des Prinzips „Billig Ist gut – Geiz Ist geil" geopfert. Nicht Qualität zählt, sondern Quantität, Umsätze und Rendite. Und nicht nur ein reduziertes Warenangebot, uniformierte Shoppingmalls sind die Folge, vor allem wird die Geldgier mit Verlusten von Arbeitsplätzen befriedigt und vor allem mit ungerecht bezahlten Jobs. Nicht gut ausgebildetes Fachpersonal steht zur Verfügung, sondern angelernte geringfügig Beschäftigte oder Stundenkräfte, die auf Abruf zu Hause auf ihren Einsatz warten.

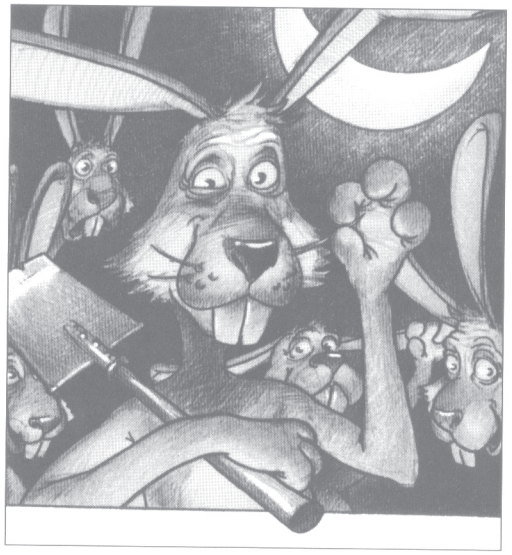
Am Ostersonntag 2004 erblühte der Schlosspark ein letztes Mal. 400 Kinder verteilten Osterglocken an Mamis und Omis, zusammen mit den Ostereiern vom Osterhasen Bruno.

Ach ja, Bruno – „Bruno und die Schlossgespenster" – ein Comic des Lyrikers Thorsten Stelzner und des Malers Ingo Lehnhof, in dem Bruno, der alte Schlossparkhase, gegen die bösen Schlossparkgespenster Morek, Bunte und den Bürgermeister kämpft. Er klärt sie auf, dass nicht ein Schloss am Bohlweg gebaut werden soll, sondern der Park für einen Einkaufstempel geopfert wird.

Foto: Sabine Kern / 1. Mai 2004: „Klagemauer-Aktion"

Bruno und die Schlossgespenster

Thorsten Stelzner (lyrik) und Ingo Lehnhof (Illustration)



Im Schlosspark unterm Rasen
leben viele starke Hasen
und der pfiffigste der Sippe
ist der Bruno mit der Schippe.

Dieser Bruno ist sehr schlau,
denn er stoppt den Kaufschlossbau.
Wie es dazu kam ihr Lieben,
steht in diesem Heft geschrieben.

Alles fing ganz harmlos an
so ein kleiner schmaler Mann
wollte groß und wichtig sein,
ließ sich mit Gespenstern ein,
bat um Hilfe sie bei Nacht:
„Gebt mir Größe, gebt mir Macht,
und ich schwöre euch, bei mir
ich bau' euch ein Schloss dafür!"

Und da machten ihn die Geister,
über Nacht zum Bürgermeister.

Und als er dann der Meister war,
dachte er sich alles klar,
fing sofort zu buddeln an,
damit er schnell das Schloss bauen
kann.

Nur im Schlosspark unterm Rasen,
saßen ja die schlauen Hasen,
diese riesengroße Sippe
und der Bruno mit der Schippe,

als sie merkten was passiert,
sind die sofort losmarschiert.
Bruno rief zu großen Taten:
„Holt die Schaufeln und die Spaten
und dann schippen wir im Nu,
nachts die ganzen Löcher zu."

Doch schon in der ersten Nacht
sind die Geister aufgewacht.
Spukten durch den Park im dustern,
wollten sich grad' frech aufplustern,
als der Bruno vor ihnen stand,
seine Schippe in der Hand:
„Was ist los ihr Schreckgespenster,
schleicht hier nachts umher wie
Gangster,

sagt mir sofort wie ihr heißt!"
Und so sprach der erste Geist:
„Heißen Morek, heißen Bunte,
spuken hier zu Geisterstunde,
weil ein Geist zum glücklich sein,
halt ein Schloss braucht, - sieh das
ein."

„Aber, aber liebe Geister,
hat euch denn der Geistermacher
nicht gesagt was hier entsteht,
was hier wirklich vor sich geht?
Wird kein Schloss mit
Schlossgespenstern,
wird ein Glaspalast mit Fenstern,
Stahl und Plastik, Neonlicht –
auch bei Nacht – hier spukt man
nicht!

Ja, für euch gibt's hier kein Zimmer,
keinen Turm fürs Geistgewimmer.
Euerm „Bürger"-Geister-Meister
Geht ihr mächtig auf den Kleister."

„Was?" Schrie da entsetzt der Bunte.
„Hier riech ich ganz üble Lunte,
dieses Schloss wird eher ein Tempel,
so für Schnickschnack-
Modekrempel?"

Und Geist Morek brüllte traurig
übern Park, es klang recht schaurig:
„Hält der Meister nicht sein Wort,
jagen ihn die Geister fort!"
Tja, so ging die Sache schief
und die Geister, die er rief,
haben ihn noch manche Nacht
spukend um den Schlaf gebracht.
Und im „Schlosspark" unterm Rasen,
leben weiterhin die Hasen...

Und der Bruno mit Schippe
sagt zu seiner Hasensippe:

„Bist du mutig, schlau und stark
rettest du dir deinen Park!"

Die erste Braunschweiger Bürgerkonferenz

Matthias Breuer

Es gibt verschiedene Möglichkeiten, Bürgerbeteiligung vorzuspielen. Nein, es ist nicht die Rede von Tagen, an denen die Bürger sich daran beteiligen dürfen, dem privatisierten Entsorgungsunternehmen Arbeit abzunehmen.

Es geht um das historische Instrument der „Eingaben gegen einen Bebauungsplan", welches – passend zu einem neuartigen Gebäude – lediglich eine Attrappe ist.

Überrascht war die Verwaltung über die Anzahl und den Umfang der Eingaben, stellten sie doch unter anderem umfassende Gutachten dar. Die Verwaltung „ächzte" unter der zu bewältigenden Aufgabe, die Eingaben abzutippen und in einer Spalte rechts daneben Textbausteine anzuordnen, die abschließend beweisen sollten, dass alle Einwände bedacht wurden.

Wut machte sich unter der kritischen Bevölkerung breit. Die Bürger trafen sich, um die Argumente zu besprechen und zu bewerten. Die erste Braunschweiger Bürgerkonferenz. Sechzig Stühle wurden zunächst unter dem Dach eines alten Backsteingebäudes aufgereiht. Die letzten der etwa 140 anwesenden Bürger standen schließlich in Reihen auf dem Flur.

Im ersten Teil der Konferenz wurden Argumente systematisch gesammelt, und nach Aussprache wurden die Vorschläge sofort niedergeschrieben. Die Ergebnisse der Bürgerkonferenz konnten somit während des zweiten Teils bearbeitet und ausgedruckt werden. Diese Vorabergebnisse konnten alle Bürger am Ende mitnehmen.

Die zusammengefassten Ergebnisse der Konferenz:

Städtebau

- Der Schlosspark als innerstädtische Multifunktionsfläche für die Kinder und Jugendlichen der Stadt besitzt einen hohen Wert, während in der Bevölkerung eine Identifikation mit der Schlossfassade kaum gegeben ist.
- Verlust beziehungsweise Kontrollverlust öffentlichen Raumes, das gilt auch für die Freifläche vor dem Kaufhaus.
- Fahrradwege: fallen weg. Stellplätze für Fahrräder scheinen nicht zur „Schloss-Silhouette" zu passen.
- Das überdimensionale Volumen des neuen Baukörpers führt zu einer städtebaulichen Unmaßstäblichkeit.

Unverträglichkeit mit der Innenstadt

- Das GfK-Prisma-Gutachten berücksichtigt fälschlicherweise nicht die über 80 leerstehenden Geschäftsflächen („Broken-window-Phänomen").
- Wichtige Untersuchungen zur Wirtschaftlichkeit und städtebaulichen Verträglichkeit wurden von der Stadt nicht veranlasst.

Denkmalpflege

- 70 Prozent der Fläche sind traditionell Grünfläche (ehemaliger Schlossgarten) und sind aus denkmalpflegerischer Sicht zu erhalten.

Arbeitsplatzsituation

- Verlust von Arbeitsplätzen, insbesondere Fachkräften, wird von Ver.di ebenso befürchtet wie Tendenz zu Teilzeitarbeitskräften.
- Erhöhter Umsatz pro Flächeneinheit im ECE-Einkaufszentrum, das heißt, den umliegenden Geschäften wird überproportional die Kaufkraft entzogen.
- Einbindung von regionalen Bauunternehmen wird nicht garantiert (auch nicht zu 40 Prozent).

Demokratie und Bürgerbeteiligung

- Bürgerbegehren wurde von Ratsmehrheit nicht unterstützt – durch eine Einzelrichterentscheidung abgelehnt.
- Eine Bürgerbefragung (nach NGO möglich) wurde abgelehnt.
- Mangelhafte Transparenz im Entscheidungsprozess.
- Mangelnde und ungenaue Informationen der lokalen Presse.
- Möglicherweise überhöhte Kosten für die Anmietung von Räumlichkeiten für kulturelle Einrichtungen im „Schloss" werden dem Bürger zugemutet.
- Durch Einbindung in Kulturhauptstadtbewerbung werden Ratsmitglieder unter Druck gesetzt.
- Monopolisierung des Einzelhandels durch transnationalen Konzern.

Wirtschaftliche Aspekte

- Subventionieren wir ECE? (Braunschweig investiert den Verkaufserlös des Parks in Investitionen, die sonst nicht entstanden wären).
- Die Anmietung bedeutet eine 30-jährige Verpflichtung der Stadt zur Bewirtschaftung unrentabler Flächen in den oberen Etagen.
- Mangelnde Anbindung des ECE an die Innenstadt (Trennwirkung Bohlweg!), es gibt kein Gesamtkonzept, das die vorhandenen Geschäfte der Innenstadt räumlich und psychologisch miteinander verbindet.

Umwelt und Lebensqualität

- Zerstörung der vorhandenen „grünen Lunge" der Innenstadt (unter anderem Zunahme von Luftschadstoffen; Temperaturanstieg). Geplante Ausgleichsflächen in der Weststadt sind zu weit entfernt, um den Verlust auszugleichen.
- Uralter / historischer Baumbestand wird vernichtet.
- Zerstörung von Wohn- und Lebensqualität der Anwohner zum Beispiel durch Zulieferverkehr für das Kaufhaus.
- Auf Straßen wie Kastanien- und Jasperallee kommt eine vermehrte Verkehrsbelastung von bis zu 900 Fahrzeugen zu.
- Möglicherweise Schädigung der vorhandenen historischen Bausubstanz durch baubedingte Grundwasserabsenkung.

Gesundheit

- Zukünftiges Nichteinhalten von Gesundheitsgrenzwerten bei lungengängigen Feinstäuben.
- Gesundheitsgefährdung der Bevölkerung durch Zunahme von Lungenerkrankungen und Herzinfarkten wird von der Stadt in Kauf genommen.
- Keine Möglichkeit zur Senkung der gefährlichen Feinstäube durch Wegfall des Schlossparks.
- Zukünftige Fahrverbote auf dem Bohlweg könnten die Konsequenz sein.

Im zweiten Teil wurde diskutiert, was denn nun zu tun sei. Immerhin war schon der 27. Juni und am 5. Juli gedachte der Rat der Stadt die wichtige Entscheidung zu treffen.

Diskussion um Protestformen

Exzellente Protestformen sind in diesem Gremium ausgesprochen worden! Wollen die Bürger als Protestform einem Aktionskünstler nacheifern und den Park einfach einpacken? Ein Straßenfest mit den verschiedensten Aktionen und mit allen engagierten Gruppen Braunschweigs? Doch dann waren da wieder die lästigen Zeit-und-Geld-Pessimisten und Machbarkeits-Kritiker. Gut, dann kam doch in erster Linie eine Demonstration in Frage und die Stadt mit Flugblättern zu überhäufen, auf denen die vielen zumeist verschwiegenen und unberücksichtigten Argumente standen.

Aus dem Stand

Matthias Breuer

Bis Dienstag, 29. Juni, mittags um 14 Uhr wurde, fast ohne Unterbrechung an dem Entwurf eines Flugblattes gefeilt, bis es termingenau per Mausklick im Druck ankam. Gute 24 Stunden später stöhnte ein Kleinwagen unter der Last von 26000 Flugblättern. Am Botanischen Garten versammelten sich über vierzig Bürger, mit Rucksäcken und Handwagen bepackt, um sich mit Zetteln in der Hand hektisch hin und her zu bewegen, sich endlich in acht Gruppen zu verteilen und dann vollbepackt in alle Himmelsrichtungen wieder zu verlieren.

Neben Fortuna und Justitia war es nun auch der gute alte Petrus, der in die Einflusszone eines herrisch regierenden Oberbürgermeisters geriet. Dunkle Gewitterwolken bäumten sich am Vormittag des 3. Juli über Braunschweig auf. Wetter-Aussichten, bei denen alle vernünftigen Menschen zu Hause bleiben. Alle? Nein, nicht alle. Es versammelten sich einige Hundert Schlossparkfreunde und lauschten den Ansprachen der Redner.

Der Regen machte eine Pause, als der Demonstrationszug begann. Als sich die Versammlung mit Transparenten und Trillerpfeifen den Weg durch die Fußgängerzone und zurück über den Bohlweg bahnte, verdoppelte sich die Menge innerhalb kurzer Zeit. Mit etwa 900 Personen erreichte man den Ausgangspunkt. Es kamen noch Bürger zu Wort, und Wind und Wetter trotzend wurde sicherlich der längste Beschwerdebrief an einen Bürgermeister geschrieben. Um das Schriftstück von 30 Metern zu beschriften standen die Bürger, trotz des wieder einsetzenden starken Regens, in Schlangen.

Die Braunschweiger Zeitung spottete: *„500 Bürger protestierten gegen ECE. Wo waren sie denn, die 30000 erklärten ECE-Gegner, die das Bürgerbegehren unterzeichneten?"* Es wunderte sich einmal mehr keiner über die schlechte Berichterstattung, war doch die Braunschweiger Zeitung von Beginn an ein Sprachrohr für eine bestimmte politische Richtung. Aber auch mit dieser Berichterstattung kann man leben, wenn man weiß, dass die Bürger langsam die Befangenheit der Lokalredaktion erkennen und die Zeitung zunehmend an Wichtigkeit verliert.

Mit 26000 verteilten Flugblättern und 900 Demonstranten – organisiert aus dem Stand in nur sechs Tagen – wurde so manchem klar, dass die Bürger wach sind und Wut über schlechte Lokalpolitik Berge versetzen kann, wenn auch noch keine monströsen Betonbauten im Zentrum der Stadt.

Foto: Gerrit Brodmann

Widerstand gegen den Bebauungsplan

Gabriele Uhlmann

Mit dem Gerichtsurteil gegen das Bürgerbegehren wurde mir klar, dass wir von normalen, mit gesundem Menschenverstand und Rechtsempfinden ausgestatteten Bürgern zu verwaltungstechnischen Experten mutieren mussten, damit der Bürgerwille nicht in der Verwaltungsmühle zermalmt würde. Es schien, als könnten wir nur so weiterhin Widerstand gegen alle Spitzfindigkeiten der Verantwortlichen leisten, und diese Mühle drehte sich nun immer schneller. Es kam jetzt darauf an, die wenigen sich bietenden, gesetzlichen Möglichkeiten zu nutzen, um unser verbrieftes Recht auf Mitbestimmung wahrnehmen zu können.

Vom 2. April bis 3. Mai 2004 fand „die erste öffentliche Auslegung der 77. Änderung des Flächennutzungsplans und des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes „Einkaufszentrum Schlosspark IN220" statt. Hinter diesem Wortungetüm verbarg sich die Möglichkeit, schriftliche Einwände gegen das ECE-Center zu machen. An die 300 Personen und Institutionen machten sich die Mühe, termingerecht ein Schreiben aufzusetzen und ihren Willen kund zu tun. Viele schrieben fachlich sehr fundierte, aber auch sehr persönliche Einwände.

Nach dem 21. Juni erhielten alle die Antworten der Stadtverwaltung, welche damit ihrer Pflicht zur Bürgerbeteiligung nachgekommen war. Die Antworten zeigten sehr anschaulich, dass diese Veranstaltung nur formalen Charakter hatte und eigentlich lästig und unerwünscht war. Die Art und Weise, wie sämtliche Einwände vom Tisch gefegt wurden, schien einen Satz zu bestätigen, den ich schon öfter gehört habe: „Die da oben, die machen ja doch, was sie wollen!" Sich etwas hinzubiegen, zu verdrehen, einfach Behauptungen in die Welt zu setzen, gekaufte Gutachten zu zitieren, das alles ist geeignet, Bürger im wahrsten Sinne des Wortes sprachlos zu machen. Doch weder für mich noch für die anderen Schlossparkfreunde kam Aufgeben jetzt in Frage.

Bei der Bürgerkonferenz machte ich den Vorschlag, auf die Straße zu gehen und war verblüfft, wie viele auch schon daran gedacht hatten. Eine Demo, meinten dennoch einige, das sei doch out. Heute geht doch keiner mehr auf die Straße! Schließlich waren wir uns aber einig, dass wir dieses per Grundgesetz verankerte Recht auf Meinungsäußerung und Versammlungsfreiheit in der Öffentlichkeit genauso ausschöpfen mussten, wie all die verwaltungstechnischen Schritte. Dies war zudem eine Form der demokratischen Meinungsäußerung, deren Zeit, Ort und Ablauf von uns gestaltet werden konnte, wo wir nicht passiv den Lauf der Dinge abwarten mussten. Für die Kundgebung schwebte uns also vor, dass alle, die einen Einwand gemacht hatten, Gelegenheit bekommen sollten, ihren Text noch einmal zu verlesen. Als Termin legten wir den 3. Juli fest.

Die Vorbereitungen gingen schnell über die Bühne. Ich wurde mit der Aufgabe betraut, die Demonstration anzumelden und die Pressearbeit zu machen. Bei der Anmeldung der Demo meinte der zuständige Polizeibeamte, wir wären gut, wenn 500 Leute zusammenkämen. Ich hatte daher Bedenken, dass wir einen Flop landen würden. Aber egal wie viele es auch sein würden, die Häme des Oberbürgermeisters war uns sowieso sicher. Zeitgleich wurde in

Teamarbeit das Flugblatt gestaltet, das mit einer Auflage von 26 000 Stück gedruckt und innerhalb eines Tages von 40 BürgerInnen verteilt wurde. Am Abend vorher malte ich noch mit den Kindern drei Transparente und wir waren nicht die einzigen, wie sich am Samstag herausstellte.

Viele hatten Trillerpfeifen und Transparente, die Aufschriften trugen wie *ECE ade*, *FBZ statt ECE*, *Kein Schloss für Herzog Hoffmann* mitgebracht. Das Wetter an diesem Samstag war denkbar schlecht. Als die Kundgebung Ecke Packhof/Sack beginnen sollte, ging ein Platzregen auf uns nieder. Nach zehn Minuten konnten die Ansprachen von Professor Burkhardt (TU Braunschweig), Professor Fassbinder (HBK), Dr. Pump-Uhlmann (TU) und Herrn Joachim Wrensch (Buchhändler) gehalten werden. Der Zug mit den etwa 300 Personen, die sich bis dahin versammelt hatten, setzte sich danach durch die Fußgängerzone Richtung Kohlmarkt in Bewegung.

Die Wegstrecke führte uns weiter zum Bohlweg, entlang Schlossparks und über den Rathausvorplatz (Platz der Deutschen Einheit) zurück. Unterwegs schlossen sich uns zahlreiche Passanten, jung und alt, spontan an. Mit der Anzahl von etwa 900 Demonstranten konnten wir in Anbetracht des schlechten Wetters sehr zufrieden sein, hatten wir sogar die magische Zahl 500 bei weitem übertroffen.

Mich stimmt es zuversichtlich, dass immer noch oder wieder (?) sehr viele bereit sind, für eine Sache auf die Straße zu gehen und der allgemeinen Politikverdrossenheit etwas entgegenzusetzen.

Foto: Gerrit Brodmann

IV. Propaganda

Die Schlosstäuscher

Matthias Witte

Prolog

„Es wird vorher auf den Tisch gelegt, was möglich ist, damit es am Ende keine Enttäuschung gibt. Das Projekt wird keine Mogelpackung", meint Zwafelink angesichts der Sehnsüchte, mit denen die Pläne behaftet sind. Um falschen Erwartungen entgegenzuwirken, werde es mit den Braunschweiger Bürgern und der hiesigen Fachwelt eine intensive ehrliche Auseinandersetzung über die Gestaltung geben. (Braunschweiger Zeitung vom 22. Januar 2003)

Als die Stadt beschloss, den Schlosspark für ein Einkaufszentrum (EKZ) zu opfern, war sie gezwungen, diesen Plan der Bevölkerung, die von ihrem Bedürfnis nach einem solchen Zentrum ausgerechnet an diesem Ort bis dahin einfach nichts gewusst hatte, schmackhaft zu machen.

Die Propagandisten der ECE hielten die Bevölkerung wohl anfangs noch nicht für reif genug, die Wahrheit zu vertragen: ein den ganzen Park schluckendes Einkaufszentrum, das auf kleiner Strecke mit Schlossfassadennachbildungen ummantelt ist. Also machten sie, was seit jeher das Privileg einer Obrigkeit ist, die keine freie Presse zu fürchten hat: Sie schufen fiktive Wahrheiten und führten suggestiven Neu-Sprech ein.

Und so mutierte der Schlosspark von der „grünen Seele der Stadt" (so die offizielle Lesart der Stadt auf ihrer Homepage noch bis 2005) mündlich schon mal zum „Hundeklo".

Schriftlich wahrte man die Form und redete plötzlich vom „als innerstädtische Grünfläche zwischengenutzten Grundstück des kriegszerstörten Braunschweiger Schlosses…". Bauerwartungsland also, von dem die Bürger nur 40 Jahre lang irrtümlich angenommen hatten, dass es ein Park sei.

Und würde der Schlosspark überhaupt verschwinden? Dr. h.c. Biegel hatte offensichtlich gegenteilige Informationen. Über Monate warb sein Landesmuseum in der Stadt auf Plakaten mit dem auf das ECE-Projekt bezogenen Slogan ‚Erst informieren – dann diskutieren' um Besucher. Wer dieser Aufforderung nachkam und im Landesmuseum um die ver-

sprochenen Informationen bat, wurde zu einem unkommentiert ausgestellten äußerst vage gehaltenem Modell des ECE-Centers geführt, dem eine sehr detailliert gestaltete üppige Parklandschaft, die den halben Bohlweg schluckt, vorgelagert war.

Wer nicht an der Seriosität des Landesmuseums zweifelte – tatsächlich war das Modell eine freie Phantasie, der zu keinem Zeitpunkt eine realistische Planungsabsicht zugrunde lag –, konnte hoffen: Der Schlosspark würde nicht vernichtet, sondern nur verlagert!

Dr. Wedemeyer – Schlossexperte im Dienste Richard Boreks – ging in der BZ vom 11. April 2003 noch weiter: „... Unser Schlosspark ist nicht das, was man sich unter einem Schlosspark vorstellt. Der Rückbau der viel zu breiten Straßen wird neue Parkflächen entstehen lassen, die bei entsprechender Begrünung und Bepflanzung tatsächlich ein attraktiver Schlosspark werden können."

Frohe Botschaft also: Nicht nur wird uns kein Schlosspark genommen – das geht ja gar nicht, weil wir bisher gar keinen hatten –, sondern wir werden dank ECE erst wieder einen Schlosspark bekommen, der diesen Namen verdient.

Aus diesem Grund konnte Frau Dr. Anja Hesse in der Kulturhauptstadtbewerbung auch die Standortwahl für das ECE-Projekt ganz im Sinne wirklicher Schlosspark-Freunde wie folgt werten: „An dieser Stelle müssen für ein Einkaufscenter keine Stadtviertel abgeräumt, keine historisch gewachsene Bausubstanz beseitigt werden. In diesem Fall ist es umgekehrt: Zerstörte Stadträume müssen wiederhergestellt, der innere Zusammenhang über den Bohlweg hinweg gesichert werden."

Da Normal-Braunschweiger der Dialektik von Dr. Wedemeyer und Dr. Hesse vielleicht nicht ganz folgen konnten, mussten sie mit dem ECE-Projekt anders ausgesöhnt werden. Schon im Juni 2003 erklärte der OB in einer öffentlichen Veranstaltung, dass das EKZ nur dann durchsetzbar wäre, wenn den Braunschweigern dabei ihr Schloss versprochen würde.

Und so konnten die Braunschweiger in der Kulturhauptstadtbewerbung 2004 lesen: „Gleichwohl beschloss der Rat im Jahr 2003, ... das Gesamtvorhaben mit dem Herzstück der Rekonstruktion des alten Welfenschlosses auf den Weg zu bringen. ... Die originale Rekonstruktion nach Raum, Lage, Umriss, Volumen und Material wird den Vorwurf der ‚Attrappe' widerlegen."

Noch schöner formulierte es wieder einmal Dr. Wedemeyer in einem gemeinsamen Auftritt mit dem Oberbürgermeister: „Die ECE, die Stadt Braunschweig und das Architekturbüro ROP lassen das ehemalige Residenzschloss, Juwel des Klassizismus mit internationalem bauhistorischem Atem des großen Carl Theodor Ottmer, in seinem dreiflügeligen Umriss

mit der ganzen Flügeltiefe und den raumhaltigen meterstarken Fassaden substanziell wieder erstehen und erleben."

Intern war die Verwaltung nicht ganz so euphorisch und erklärte: „Unter sachlicher Betrachtung handelt es sich um ein zeitgenössisches Bauwerk, zeitgenössischer Bautechnik mit der Baustruktur angemessenen Nutzungen und Fassaden, die im Material und der Struktur dem Vorgängerbau entsprechen." Ja, sie mochte noch nicht einmal zugeben, dass sie behauptet, dass das Schloss rekonstruiert wird, und antwortete auf einen entsprechenden Vorwurf: „In offiziellen Stellungnahmen der Stadt Braunschweig ist im wesentlichen immer von einer Rekonstruktion der Schlossfassaden gesprochen worden. Anderslautende Presseartikel sind unter dem Aspekt der in diesem Geschäft üblichen Übertreibungen/ Vereinfachungen zu bewerten."

Dr. Hoffmann war dieser Umstand wohl entfallen, als er sich am 10. März 2005 in der Braunschweiger Zeitung in Reaktion auf die Presseratsrüge so zu Wort meldete: „Aber natürlich ist das eine Schloss-Rekonstruktion. Wir verwenden schließlich sogar Originalbauteile. Ich halte das für eine kleinkarierte Wortklauberei seitens der notorischen ECE-Gegner."

Überhaupt ist die Widersprüchlichkeit der Argumentation das hervorstechende Merkmal der städtischen Pro-ECE-Propaganda. Man hat es schlicht nicht nötig, eine stimmige Pro-ECE-Position zu entwickeln – was angesichts der Absurdität des Projektes wohl auch schwierig wäre – einfach weil von der Braunschweiger Zeitung als ungefiltertem Sprachrohr des Oberbürgermeisters keinerlei Kritik zu befürchten ist. So kann man ungestraft beispielsweise den einen Tag behaupten: „... abgesehen davon, dass das Schloss eben nicht Kommerz beherbergen wird ... "[1], und den anderen Tag ein Kind für das ECE mit den Worten werben lassen: „Einkaufen in einem Schloss – das wird echt cool".[2]

So gleicht die Argumentation der Stadt, vor allem, wenn sie – selten genug – gezwungen ist, auf kritische Fragen zu antworten, dem Reden eines Menschen im fortgeschrittenen Persönlichkeitszerfall, der sich fortlaufend widerspricht, aber nicht darauf ansprechbar ist. Da nicht davon auszugehen ist, dass die Stadtverwaltung kollektivem Wahnsinn anheimgefallen ist, ist dieses Verhalten nur zu deuten als zynische Arroganz der Macht, für die die Begriffe „Wahrhaftigkeit" und „Bürgerbeteiligung" nichts als überholte Worte aus der Zeit sind, als das Ideal der Stadt noch die Republik und nicht der Konzern war.

---

1 unter www.braunschweig2010.de veröffentlichtes Interview mit Dr. Hoffmann

2 „Schöner Braunschweig", Broschüre der Stadt Braunschweig, 2005

Foto: Braunschweigisches Landesmuseum I. Simon und Okerlandarchiv

Mit diesem Plakat forderte das Landesmuseum auf: „Erst informieren – dann diskutieren". In der unteren Bildhälfte das ECE-Modell mit frei phantasiertem vorgelagerten Schlosspark.

V. Bürger informieren ihre Mitbürger

Schlossparkfreunde gehen an die Öffentlichkeit

Michael Kaps

ECE hatte das Geld für ganzseitige, farbige Anzeigen. Oberbürgermeister Dr. Hoffmann und die CDU/FDP-Ratsmehrheit hatten die Braunschweiger Zeitung und die Schlossparkfreunde hatten **www. schlosspark-braunschweig.de.**

Unter der ursprünglich für das Bürgerbegehren für den Erhalt des Schlossparks reservierten Internet-Adresse entstand nach Abgabe der Unterschriftenlisten im Rathaus eine Plattform, die alle Kräfte zum Erhalt des Schlossparks zusammenfassen und Informationen zur geplanten Schlossparkbebauung sammeln und verbreiten sollte.

Als Forum für den Erhalt des Schlossparks präsentierte sich im März 2004 ein lockerer Zusammenschluss aus den Initiatoren des Bürgerbegehrens, der Initiative Innenstadt, der BI Baumschutz Braunschweig und vielen Bürgern, von denen ein Jahr später 500 mit ihrem Namen auf der Website für das gemeinsame Ziel warben.

Erste Aufgabe des Forums war es, Informationen zusammenzutragen und zu veröffentlichen. Wesentliches Dokument, das im März über die Seite abgerufen werden konnte, war das Gutachten des Rechtsanwalts Norbert Große Hündfeld, welches als Fazit enthält: *„Einen vernünftigen Grund, die im Schlossvertrag von 1955 geregelte Zukunft [Anmerkung: Schlosspark als öffentliche Grünfläche, maximal bebaut im Umfang des Braunschweiger Schlosses] zu ändern, hat es nie gegeben."*

Viele wandten sich mit Fragen an die Ersteller der Website und wollten wissen, was sie für den Erhalt des Schlossparks tun könnten. Einige wollten Informationen loswerden, andere hatten Ideen, was zu tun sei. Eine Liste mit E-Mail-Adressen – die Mailingliste der Schlossparkfreunde – wurde eingerichtet, um zu ermöglichen, dass jeder mit jedem kommunizieren konnte. Ein „Widerstandsgestrüpp", wie es eine Schlossparkfreundin nannte, begann zu wachsen. Ideengeber konnte jeder sein. Jeder entschied mit, ob eine Idee in der Öffentlichkeit umgesetzt wurde.

Anfang April 2004 wurde der Bebauungsplan ausgelegt und Einwohner konnten sich dazu äußern. Das Forum wollte erreichen, dass sich möglichst viele Bürger mit qualifizierten Eingaben gegen den Bebau-

ungsplan aussprachen. Die Website informierte über das Verfahren und stellte eine Vorlage für die Eingabe zur Verfügung.

Last-Minute-Eingabe

Aufmerksamkeit außerhalb des Internets brachte dem Forum die Klagemauer-Aktion am 1. Mai 2004. Mitten in der Auslegungsfrist begannen die vor jedem Bau vorgeschriebenen archäologischen Grabungen. Dafür wurde ein Teil des Schlossparks mit Absperrgittern eingezäunt.

Am 1. Mai sprach Nicole Palm auf dem Burgplatz; der anschließende Demonstrationszug führte durch den Schlosspark. Hunderte Zettel für den Schlossparkerhalt wurden dabei an die Absperrgitter geheftet mit persönlichen Aussagen, Gedichten, Collagen, Infomaterial und mehrseitigen Eingaben gegen den Bebauungsplan. Da der 1. Mai auf einen Samstag fiel, blieben die Zettel bis zum Montag hängen.

An diesem Montag endete die Auslegungsfrist für den Bebauungsplan. Das Forum rief zur Last-Minute-Eingabe auf. Die Stimmung war gut; das Forum hatte die Kopien vieler hervorragender Eingaben bekommen. Das Wetter war sommerlich und wer zum Feierabend noch seine Eingabe beim Rathaus-Pförtner abgab, wurde vom Ideengeber der Last-Minute-Eingabe auf ein Getränk eingeladen. So saßen Silke Böhme, Gerrit Brodmann, Michael Kaps und Matthias Witte, nachdem das Rathaus geschlossen hatte, noch im Café und beratschlagten, wie sie sich weiter für den Erhalt des Schlossparks einsetzen könnten.

Gut informiert ins Wochenend

Eine Idee wurde umgehend in die Tat umgesetzt: Über die Website wurde zu wöchentlichen Treffen im Schlosspark aufgerufen. Jeden Freitag zwischen 17 und 18 Uhr sollten sich einige Mitglieder des Forums im Schlosspark treffen und unter dem Motto „Gut informiert ins Wochenend" Sympathisanten und Passanten mit Informationen versorgen und zur Diskussion zur Verfügung stehen.

Am 15. Mai 2004 fand das erste Freitagstreffen statt. Es gab Karfreitage, Weihnachtsfeiertage und Silvester, aber an jedem anderen Freitag fanden sich seither Schlossparkfreunde zusammen, um Informationen weiterzugeben, zu diskutieren und – solange die Bäume nicht gefällt waren – um Aktionen zum Schlossparkerhalt zu planen.

Bei den ersten Treffen wurden mit Hilfe von Hans Rupp vom braunschweiger forum die Ausmaße des geplanten ECE-Kaufhauses mit Kreide und in der Höhe mit Luftballons markiert. Im Gespräch mit Passanten wurde immer wieder deutlich, dass die meisten falsche Vorstellungen von den Ausmaßen des ECE-Centers hatten. Viele stellten sich die damals eingezäunte Grabungsstätte als die geplante Größe vor. Dass der gesamte Schlosspark vernichtet werden sollte, war kaum jemandem bekannt.

Mit den Freitagstreffen entstand auch das Konzept der Freitagsausgabe, die ebenfalls unter der Überschrift „Gut informiert ins Wochenend" auf einer A4-Doppelseite die aktuellen Sachverhalte rund um die Schlossparkbebauung zusammenfasste.

Zu den ersten Freitagstreffen wurden erst 100, dann 500 Exemplare kopiert. Ab dem Sommer wurde die Freitagsausgabe jeweils mit einer Auflage von 1000 bis 1500 Exemplaren gedruckt. Bei den Treffen fanden sich immer Verteiler, die große Teile der Innenstadt mit dem Informationsblatt versorgten.

Üblicherweise übernahm Jürgen Johannes den Druck und Thomas Langner organisierte die Verteilung. Auch Renate Abramowsky, Heidi Dörge, Krista Kaack, Gerhard Ochs, Sigrid Probst, Lydia Rattun, Gerd Schröder und viele andere versäumten kaum eines der Freitagstreffen. Seit Anfang Juni schmückte das von Alexa Sabarth gestaltete Logo der Schlossparkfreunde mit dem Schriftzug „Zukunft gestalten – Schlosspark erhalten" die Freitagsausgabe wie auch die Website und sorgte für einen hohen Wiedererkennungswert.

ECE-Blackout

Am 28.05.2004 konnte die Freitagsausgabe vollkommen exklusiv darüber berichten, was als ECE-Blackout in die Geschichte der Schloss-Arkaden einging.

Matthias Witte hatte an einem ECE-Infostand Einblick in Pläne genommen, aus denen hervorging, dass die Verkaufsfläche des ECE-Centers unmittelbar hinter dem Haupteingang (Portikus) der Schlossfassade beginnt.

Ein Skandal – denn damals versuchten der Oberbürgermeister und der Text in der Kulturhauptstadtbewerbung den Braunschweigern noch zu suggerieren, sie bekämen ein wirkliches Schloss mit ausschließlich kultureller Nutzung.

Matthias Witte fragte telefonisch beim ECE-Objektentwickler Nikolaus Thätner nach, der versicherte, dass der Haupteingang direkt ins Kaufhaus führen würde. Herr Thätner weiter: Etwas anderes sei nie geplant gewesen; es habe auch nie Verhandlungen über diesen Punkt mit der Stadt gegeben.

In einer Einwohnerfrage vor dem Rat mit dieser Aussage konfrontiert, behauptete Herr Hoffmann, die ECE-Pläne seien nicht mit der Stadt abgestimmt, und ließ sich mehrere Minuten über die Telefonzentrale

der Stadtverwaltung aus, von der Herr Witte die Telefonnummer von ECE erhalten hatte, bevor ihm eine rettende Idee aus der Verlegenheit half. Herr Thätner muss einen „Blackout" gehabt haben. Dies sei aber nicht weiter schlimm, so der Oberbürgermeister, denn „jeder kann mal einen Blackout haben".

Dem Rat sagte Herr Dr. Hoffmann zwar zu, dass er mit Herrn Thätner Rücksprache halten und die Öffentlichkeit darüber informieren wolle. Dazu kam es allerdings nie. Später wurde bekannt, dass ECE bereits Ende April den Bauantrag bei der Stadtverwaltung eingereicht hatte, zu dem auch detaillierte Nutzungspläne gehörten.

Gut informiert ins Wochenend

Zukunft gestalten Schlosspark erhalten!

Nr. 6 11.06.2004

Die Freitagsausgabe des Forums für den Erhalt des Schlossparks
www.schlosspark-braunschweig.de

Retten Sie die Innenstadt – Retten Sie den Schlosspark – Retten Sie Braunschweig

Aber es stand doch in der Zeitung

Die meistpublizierten Fehlinformationen zur geplanten Schlossparkbebauung:

Fehlinformation Nr. 1: Es ist schon alles entschieden

Bisher ist zur Schlossparkbebauung noch nichts entschieden. Auch wenn Sie dies in der BZ anders gelesen haben: Eine Entscheidung über den Bebauungsplan wird erst am 5. Juli im Rat fallen. Sollte der B-Plan dort beschlossen werden, so wird dagegen gerichtlich vorgegangen werden.

Fehlinformation Nr. 2: Braunschweig bekommt ein Schloss

Es ist nicht geplant, dass Schloss zu rekonstruieren. ECE plant ein Einkaufszentrum, dessen Fassade teilweise an das Braunschweiger Schloss erinnern soll. Es ist nicht geplant, zwei Gebäude oder auch nur Gebäudeteile (Schloss und angegliedertes Einkaufszentrum) zu errichten. Der "Schlosskörper" ist als Teil des Kaufhauses geplant. Das Kaufhaus würde direkt am "Schloss"-Haupteingang beginnen.

Die Rolle der hiesigen Presse

Pressemitteilungen des Forums und offene Briefe fanden in der Braunschweiger Presselandschaft kein Echo. Wer keine Freitagsausgabe bekam und die Website der Schlossparkfreunde nicht kannte, hatte nie etwas über den ECE-Blackout gehört.

Bis zur ECE-Eröffnung ließ es sich aber wohl nicht geheim halten, dass der Portikus Kaufhauseingang werden wird. Zu einer Würdigung der

Detektivarbeit der Schlossparkfreunde ließ die Braunschweiger Zeitung (BZ) sich allerdings nicht hinreißen. Als sie am 10. Juni endlich darüber berichtete, behauptete sie tatsächlich, mit ihren „Recherchen Licht in das monatelange Dunkel" gebracht zu haben.

Viele Schlossparkfreunde waren über die Berichterstattung in der BZ bald ebenso verärgert wie über die städtischen Pressemitteilungen. Die gebetsmühlenartigen Lobpreisungen der originalgetreuen „Schlossrekonstruktion", die Berichte über den „Wiederaufbau des Welfenschlosses", der Abdruck alter „Schlossgeschichten". Gegen diese Art der Beeinflussung wehrten sich diejenigen, die noch die Braunschweiger Zeitung lasen, mit Beschwerden beim Deutschen Presserat.

Dieser sprach am 3. März 2005 daraufhin eine öffentliche Rüge (die schärfste Sanktionsmöglichkeit des Presserats) aus mit dem Wortlaut: „Die BRAUNSCHWEIGER ZEITUNG verstieß mit der Berichterstattung über den Neubau eines Einkaufszentrums gegen die journalistische Sorgfaltspflicht. Sie hatte über einen längeren Zeitraum über die geplante Wiederherstellung der Fassade des abgerissenen Braunschweiger Schlosses vor einem dahinter geplanten Einkaufszentrum berichtet. Dabei hatte sie immer wieder von einer Rekonstruktion und einer Kopie des Schlosses gesprochen. Dies ist aus Sicht des Presserats falsch und für die Leser irreführend."

So sehr die Schlossfassaden bejubelt wurden, so wenig war in den Braunschweiger Zeitungen über das geplante Einkaufszentrum und die prognostizierten Folgen der ECE-Ansiedlung im Schlosspark zu lesen. An die Öffentlichkeit kamen viele Fakten nur über die Website des Forums und die Freitagsausgabe.

Erst mit dem Inkrafttreten der EU-Rahmenrichtlinie zur Luftqualität zum Jahresanfang 2005 und der lebhaften Feinstaub-Diskussion konnten die Schlossparkfreunde, von denen Kristine Schmieding und Gisela Stöckmann das *Bündnis für saubere Luft* ins Leben riefen, etwas von den Bedenken gegen die inzwischen beschlossene Schlossparkbebauung in die Presse transportieren.

Der Bebauungsplan hatte inzwischen längst den Rat mit der Ein-Stimmen-Mehrheit von CDU, FDP und Oberbürgermeister passiert. Wenige Wochen später am 31. August 2004 erteilte die Stadtverwaltung die Baugenehmigung für den „Neubau einer Verkaufsstätte inklusive Parkgarage".

Beklagter kauft Kläger

Die juristischen Auseinandersetzungen bestimmten das Geschehen der nächsten Wochen und Monate. Nach kurzzeitigem juristischen Erfolg

kaufte ECE die Häuser des Klägers Allianz. Nach der damit einhergehenden Aufhebung des Baustopps begann ECE mit bauvorbereitenden Maßnahmen.

Treffen am Bauzaun

Am 20. April 2005 war der Schlosspark komplett durch einen Bauzaun abgeriegelt. Die Braunschweiger hatten ihren Innenstadt-Park verloren.

Die Freitagstreffen fanden weiterhin am Brunnen vor dem Kleinen Haus unmittelbar am Bauzaun statt. Bewaffnet waren die Schlossparkfreunde nun mit Periskop, einer Flagge mit dem Schlossparkfreunde-Logo und einem Transparent „Dieser Park gehört uns", das bei jedem Treffen an den Bauzaun gespannt wurde.

Der Oberbürgermeister und ECE hatten zunächst zugesagt, vor dem Baubeginn eine Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts bezüglich eines Eilantrags im Normenkontrollverfahren abzuwarten. Ohne jegliche Ankündigung wurden dann aber doch am 18. Mai im Morgengrauen die Bäume im Schlosspark gefällt. Wie aufmerksam die Anwohner in den vergangenen Tagen auch jede Bewegung im Schlosspark beobachtet hatten, es blieb keine Zeit an diesem Tag ein Zeichen des Protestes zu organisieren. Alles, was die Schlossparkfreunde tun konnten, war die Verwüstung im Schlosspark, bei der keine Rücksicht auf die Vogeljungen und -nester in den Bäumen genommen wurde, auf Film und Foto zu dokumentieren. Zur Protestaktion kam es erst am Samstag danach: Eine Menschenkette, von der geplant war, dass sie die Bäume im Schlosspark als Symbol des Schutzes umfassen sollte, wurde zum Ausdruck der Trauer und Wut der Braunschweiger Bürger.

Weiteres Engagement

Auch nach dem Verlust des Schlossparks wollten die Schlossparkfreunde gegenüber den dafür Verantwortlichen keine Ruhe geben. Es gab kaum Resignation.

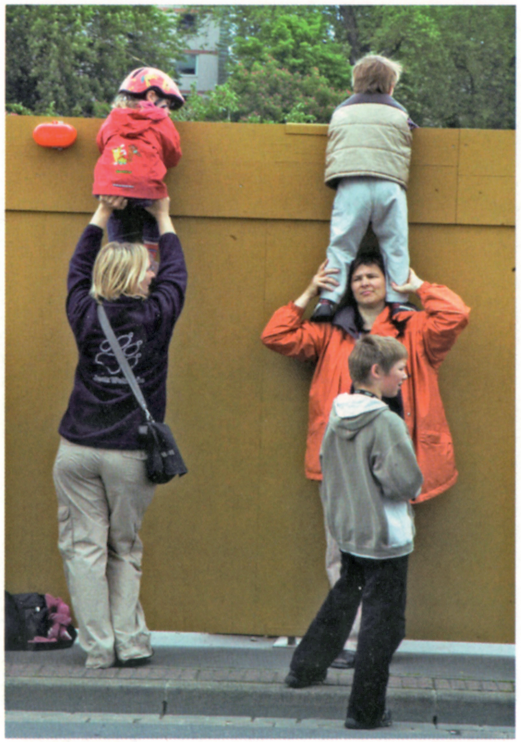
Die Freitagstreffen gingen ohne Unterbrechung weiter. Mit der Nr. 32 erschien am 18. November 2005 die letzte Freitagsausgabe des Forums für den Erhalt des Schlossparks, das sich dann schlicht in Schlossparkfreunde umbenannte. Unter **www. schlosspark-braunschweig.de** werden weiterhin die Vorgänge rund um das entstehende ECE-Center dokumentiert und immer wieder den Versprechungen aus der Planungszeit gegenübergestellt. Mit ihren Idealen engagieren sich viele Schlossparkfreunde weiter im Bündnis für saubere Luft, in der BI Baumschutz, der Bürgerinitiative für den Erhalt öffentlichen Eigentums oder auf der Internetplattform **www.unser-braunschweig.de**

Fotos: Gerrit Brodmann

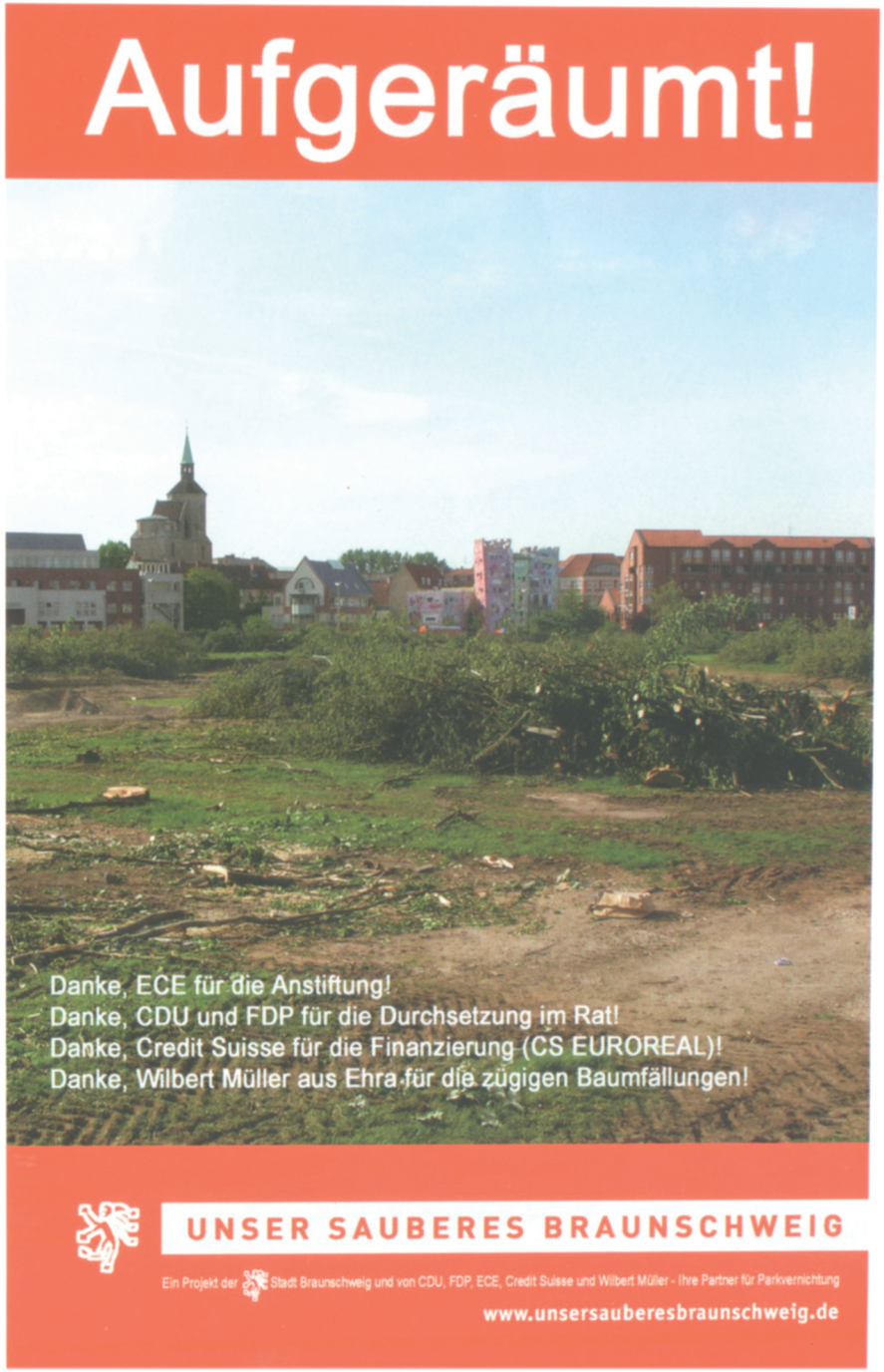
Fotos: Sabine Kern

Fotos: Sabine Kern

Fotos: Sabine Kern, Privat, Enda Warecka



Fotos: Sabine Kern, Privat,
Enda Warecka



VI. Anregungen und Bedenken sachverständiger Bürger

Die Anregungen und Bedenken gegen den Bebauungsplan IN 220 wurden teilweise in Gutachtenform bei der Stadt Braunschweig eingereicht. Im Folgenden werden drei wesentliche Themenschwerpunkte – die klimatischen, verkehrlichen und städtebaulichen Auswirkungen – erläutert.

Prima Klima?

Uwe Meier

Der Schlosspark ist in seiner Bedeutung für Klima und Lufthygiene der Innenstadt unter allen begutachtenden Experten unbestritten. Während die Stadt relativierend versuchte, den Schlosspark bioklimatisch isoliert zu betrachten, spricht die Klimaanalyse beim Schlosspark mit den östlich anschließenden Parkalleen von einer klimaökologischen Haupteinheit. Er stellt eine deutliche Kältesenke (größer als zwei Grad Celsius) in den durch Überwärmung geprägten östlichen Teil der Innenstadt Braunschweigs dar. Sowohl im Klima- als auch im Umweltgutachten wird zweifelsfrei festgestellt, dass diese klimaökologische Haupteinheit durch die Bebauung des Schlossparks zerstört wird. Negativ ist dieser Effekt vor allem deshalb, weil die Durchlüftung zum Abbau von humanbiometeorologischen Belastungen führen kann.

In der Umweltanalyse wird der Belastung mit Feinschwebstaub und der gesundheitlichen Bedeutung erstaunlicherweise wenig Beachtung geschenkt, zumal die Feinstaubsituation in Schlossparknähe (Bohlweg) besonders dramatisch ist, denn der zulässige EU-Grenzwert für Feinstäube (50 Mikrogramm pro Kubikmeter Luft an maximal 35 Tagen im Jahr) wurde mit dem 4. April 2005 überschritten. Der Messcontainer ist danach aus bautechnischen Gründen abgebaut worden. Die Umweltanalyse weist schon ohne Parkbebauung in allen angrenzenden Straßen einen über den Grenz- beziehungsweise Richtwerten angesiedelten Wert von Stickstoffdioxid-Immission aus. Es kommt durch die Randbebauung der Straßen zu einem verminderten Abtransport der Immissionen. Diese Situation wird sich nach der Schlossparkbebauung aufgrund reduzierter Luftaustauschraten deutlich verschlechtern.

Zur verkehrlichen Integration des ECE

Roland Sellien

Der Bohlweg und die Georg-Eckert-Straße sind mittlerweile umgebaut und es sind keine (neuen) Verkehrsprobleme zu erkennen. Doch noch ist das Einkaufszentrum nicht in Betrieb. Die Frage, ob es verkehrlich integrierbar ist, kann daher derzeit nicht endgültig beantwortet werden. Allerdings bleibt die Verkehrsfrage weiterhin aktuell und interessant, wie allgemein die Frage, ob die gutachterlich erstellten Prognosen zum Einkaufszentrum insgesamt eintreffen.

Zum Verkehr sind insgesamt drei Gutachten von der WVI Prof. Dr. Wermuth (Verkehrsforschung und Infrastrukturplanung GmbH) erstellt worden; im Februar 2003, Oktober 2003 und Juni 2004. Das letzte Gutachten wurde auch aufgrund der umfangreichen Einwände der Bürgerinnen und Bürger erstellt. Doch das entscheidende Gutachten für den Verlauf des Projektes war das erste. Denn hier wurde gutachterlich bescheinigt, dass das Projekt verkehrlich integrierbar sei, so dass das Ergebnis der weiteren Gutachten festgelegt war.

Für den Laien erscheint es sicherlich etwas überraschend, dass ein Einkaufszentrum mit der Verkaufsfläche von 20 Prozent der bisherigen Innenstadt – von wenigen Spitzenstunden abgesehen – mit einer reduzierten Verkehrsinfrastruktur integrierbar ist. Wobei nur etwa 430 neue Stellplätze für Pkw entstehen, während heute für die Innenstadt etwa 5000 Stellplätze allein in Parkhäusern zur Verfügung stehen.

Aspekte der Beurteilung

Für die Beurteilung des Verkehrs sind drei Bereiche von Bedeutung: Der fließende Verkehr, der ruhende Verkehr (Parken) und der öffentliche Verkehr (ÖV).

Der fließende Verkehr wird unter dem Aspekt der Verkehrsbewältigung in Braunschweig weniger das Hauptproblem sein, auch wenn es verstärkt zu Staus kommen kann und auf vielen Straßen die Anwohnerinnen und Anwohner einer erhöhten Belastung ausgesetzt sein werden.

Die Kapazität des ÖV in Braunschweig kann wesentlich gesteigert werden. Auch wenn die Leistungsfähigkeit der Bohlwegachse der Stadtbahn durch Rückbau des Vorsortiergleises reduziert wurde, kann durch Ampelvorrangschaltung ein Ausgleich geschaffen und der Betrieb flüssig gehalten werden, um einen Stadtbahnstau am Bohlweg zu vermeiden.

Das große und entscheidende Problem wird der ruhende Verkehr sein. Während nach dem ersten WVI-Gutachten noch rund 800 zusätzliche Stellplätze durch das Einkaufszentrum entstehen sollten, sind diese im dritten Gutachten im Juni 2004 auf rund 430 geschrumpft – eine Strategie, die ECE auch in Münster verfolgt hat. Dieses hat erheblichen Einfluss auf den Verkehrsablauf, insbesondere auch auf den Rückstau beim Warten auf einen Parkplatz, der dann wiederum den fließenden Verkehr beeinträchtigen kann. Interessant wäre es gewesen, welchen Schluss das erste WVI-Gutachten gezogen hätte, wenn bereits hier nur die zusätzlichen 430 Stellplätze angesetzt worden wären.

Wie wichtig dieses ist, zeigt sich daran, dass im ersten WVI-Gutachten ein Umschlag von vier Pkw pro Stellplatz und Tag angesetzt worden ist. Acht Monate später, mit der Reduzierung der Stellplätze, sind es dann vier bis fünf Pkw pro Stellplatz, so dass die Kapazität der Stellplätze gleich bleibt. Diese Erhöhung um null bis einen Pkw pro Stellplatz mögen gering erscheinen, sind prozentual allerdings bis zu 25 Prozent. Damit besteht beispielsweise ein nicht unerheblicher Einfluss auf das Rückstauproblem.

Prognosen

Möglicherweise wird das Einkaufszentrum verkehrlich auch deswegen mittlerweile kein so großes Problem darstellen, weil die vorhandene Innenstadt westlich des Bohlwegs durch zusätzliche Bauaktivitäten attraktiver geworden ist und damit die angenommenen Besucherzahlen nicht erreicht werden. Auch muss sich der motorisierte Verkehr insgesamt nicht an die Prognosen halten. Denn seit fünf Jahren sinkt dieser entgegen der Vorhersagen, wozu auch die steigenden Benzinpreise zunehmend beitragen.

Langfristig wird die wahrscheinlich nicht realisierte RegioStadtBahn sich wesentlich nachteiliger für Braunschweig auswirken, als zum Beispiel die fehlenden Parkplätze. ECE hat wahrscheinlich fest mit der RegioStadtBahn gerechnet, auch wenn dieses offiziell nicht zugegeben wird, so dass die kostenintensiven und kaum umsatzbringenden Stellplätze (nur die Parkgebühren) reduziert werden konnten.

In mehreren Jahren können und sollten wir mit der Realität vergleichen. Es bleibt spannend.

Otto : »Find ich gut«

Karl Fr. Eckhardt

„Das große und entscheidende Problem wird der ruhende Verkehr sein", schreibt Roland Sellien in seinem Artikel. Für 30 000 Quadratmeter neue Verkaufsflächen wären gemäß Niedersächsischer Bauordnung allein 1500 bis 3000 „notwendige" Stellplätze einzurichten. Gebaut werden aber nicht nur Einzelhandelsflächen, darüber hinaus kommen auf 3500 Quadratmetern Restaurations- und sonstige Dienstleistungsflächen sowie auf mehr als 10 000 Quadratmetern Fläche öffentliche Bibliotheken und Archive, die viele zusätzliche notwendige Stellplätze erforderlich machten.

Zwar sollen über dem Zentrum etwa 1200 Stellplätze eingerichtet werden, da aber 770 Parkplätze in der Schlossparktiefgarage und an der nördlichen Parkseite, „Am Schlossgarten", zurückgebaut werden, werden unter dem Strich nur 430 zusätzliche Parkplätze eingerichtet, so Sellien. Zieht man auch die Plätze noch ab, die im Rahmen der Baumaßnahmen in der näheren Umgebung entfallen, am Bohlweg, am Langen Hof und auf dem Platz vor dem Rathaus, dann reduzieren sich die neu geschaffenen Parkplätze für das Mammutprojekt auf weniger als 400.

Die ECE wirbt aber mit 1700 Stellplätzen, die zum Center gehören, und dieses Versprechen erfolgt nicht zu Unrecht: 1200 Parkplätze werden über das Center verlagert und auch die verbleibenden 430 in der alten Schlossparktiefgarage werden – vertraglich gesichert – direkt an das Center angeschlossen, so dass sie zukünftig überwiegend dem Einkaufscenter als Stellplätze dienen werden.

»Mord an der Stadt«

Angesichts bester Anbindung auch an öffentliche Verkehrsmittel werden die 1700 Stellplätze für das Center und die zusätzlichen Einrichtungen wohl genügen, der Effekt ist ein anderer. Die „Reststadt" wird etwa 1200 der best frequentierten Parkplätze an das Einkaufzentrum verlieren, das direkt über den alten Parkplätzen gebaut wird.

Urbanizid, »Mord an der Stadt«, an der alten Innenstadt, bringt Walter Brune diese Art Stadtplanung mit Kettensäge und Abrissbagger mit Nachdruck auf einen Nenner, eine Stadtplanung zugunsten eines milliardenschweren Großinvestors, dem alle Wünsche auf Kosten der „Reststadt" erfüllt werden, und der sich am Ende auch noch – großzügig – von der verarmten Kommune eine Schlossfassade spendieren lässt. Und was sagt *Otto: „Find ich gut!"*

Gewachsene Innenstadt contra geschlossene Einkaufswelt

In einer gewachsenen Innenstadt haben 150 Geschäfte mindestens 150 Eingänge, mit denen sie sich zum öffentlichen Raum öffnen. Für 150 Geschäfte und zahlreiche Restaurants soll das Center gerade einmal sechs Eingänge bekommen. So wie die klassischen Einkaufszentren von Viktor Grün als sich selbst genügende Ersatzinnenstädte konzipiert wurden, ist auch dieses angelegt. Durch große Werbestelen wird die Kundschaft angezogen, um sie dann so leicht nicht wieder zu entlassen. Rolltreppen, Aufzüge, alles im Inneren der Malls ist so angelegt, dass die Kunden wie in einem Hamsterlaufkäfig im Kreis beziehungsweise Oval herumgeführt werden, damit sie möglichst überall einmal vorbeikommen.

Und sollten Kunden das Kaufhaus dennoch für einen Stadtbesuch verlassen; einkaufen, um dann mit vollen Einkaufstüten den Weg wieder zurück an all den Ladenflächen vorbei auf ein oberes Parkdeck zu finden, einkaufen außerhalb dieses Zentrums wird ein solcher Kunde wohl kaum. Dafür sorgt denn der wie gewöhnlich komplette Branchenmix im Einkaufszentrum. Alles, was man außerhalb des Zentrums an Warenformen findet, wird auch innerhalb des Zentrums zu finden sein.

Handelsforscherin Monika Popp merkt an, „dass bei Centern mit einer Verkaufsfläche ab 10 000 Quadratmetern bereits eine bedingte Branchenvollständigkeit erreicht werden kann. In kleineren Städten wird diese von den Kunden bereits als ausreichend betrachtet. Ab einer Verkaufsfläche von 15 000 Quadratmeter kann eine Branchenvollständigkeit erreicht werden, die auch den Ansprüchen der Kunden in größeren Städten gerecht wird. Damit ist es den Einkaufszentren möglich, autark zu agieren." Für Braunschweig sind 30 000 Quadratmeter geplant.

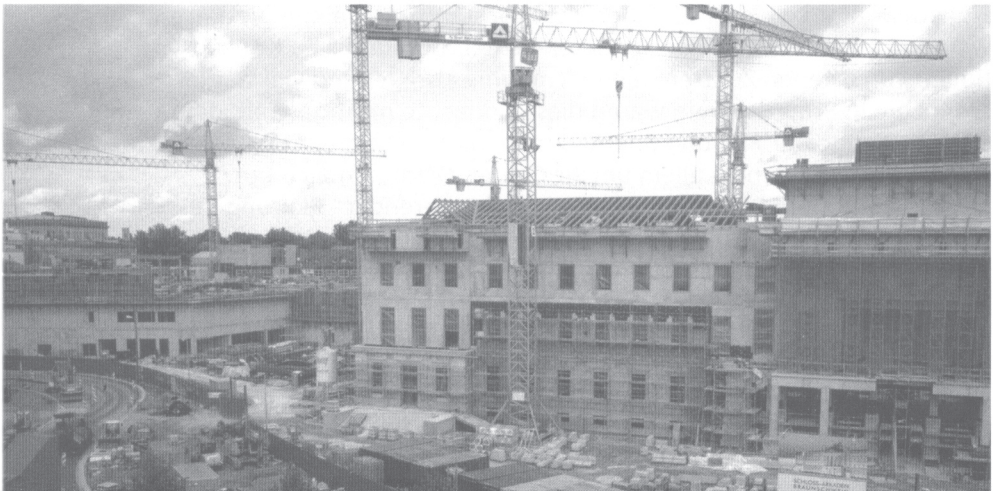
Grundsätzlich sind solche Center wie die Schloss-Arkaden von Braunschweig der Stadt eher feindlich gesonnen, die Schaufensterfronten nach innen gerichtet, schotten sie sich ab, eine in sich geschlossene Einkaufswelt, in welcher die normalen Konsumwünsche komplett erfüllt werden können. Es gibt auch andere, städtebaufreundliche Konzeptionen von offenen Zentren, die sich mit ihrer Umgebung viel stärker ergänzen. In Braunschweig waren diese Konzepte nicht gewollt, denn die Grundzüge der Planung überließ man der Hamburger ECE, und der ging es – selbstredend – allein um ihr Center. *Otto: „Find ich gut!"*

Eine besondere Blüte städtebaulich „integrierender" Planung sei hier noch beispielhaft erwähnt. Etwa 17 000 Quadratmeter der Grundstücksfläche für das Einkaufszentrum sind als Sondergebiet ausgewiesen. Gemäß Niedersächsischem Baugesetzbuch dürfen Investoren solche Flächen ohne besonderen städtebaulichen Grund nur zu 80 Prozent überbauen. Will ein Investor 17 000 Quadratmeter überbauen, um die gewünsch-

ten Verkaufs- und Parkflächen unterzubringen, muss er folglich in der Regel 3400 Quadratmeter zusätzlich kaufen und gegebenenfalls dann auch entsprechend herrichten und pflastern lassen. Zusätzliche Kosten in Millionenhöhe für das Grundstück und dessen Herrichtung, Millionen, die der ECE einfach erlassen wurden. Die Begründung für diese Begünstigung verdient ein besonderes Augenmerk. Es handele sich um: „die geplante Umsetzung der im Folgenden beschriebenen besonderen städtebaulichen Idee: Städtebauliches Ziel ist es, das Einkaufszentrum in die Innenstadt zu integrieren. Das Einkaufszentrum soll sich zu allen Seiten der Innenstadt orientieren und öffnen. Mit Hilfe der Überschreitung der Grundflächenzahl (GRZ) wird dieses Ziel erreicht, da die Festsetzung ermöglicht, dass das Einkaufszentrum allseits an öffentliche Verkehrsflächen grenzt und keine Gebäuderückseiten entstehen."

Etwa 530 Meter Fassaden im Sondernutzungsgebiet haben gerade einmal fünf Zugänge. Auf nahezu einer Länge von 100 Metern, entlang der kompletten Nordseite des Zentrums, gibt es überhaupt keinen Zugang für Kunden, ausgenommen sind Lieferfahrzeuge; eine stärkere Abschottung gegen die Umgebung ist kaum denkbar. Weil aber der ECE Millionen erspart bleiben sollen, sie keine zusätzlichen Flächen um das Zentrum erwerben und einrichten muss, erreiche man das städtebauliche Ziel einer „Öffnung" zur Innenstadt – wohl gesagt, ohne einen einzigen Zugang – und damit werde dann zugleich auch verhindert, dass dort eine Gebäuderückseite entstünde. Die absurde Argumentation zur Rechtfertigung dieses üppigen Geschenks einer verarmten Kommune an den betuchten Hanseaten macht nahezu sprachlos … *Otto: „Find ich gut!"*

Foto: Karl Fr. Eckhardt



VII. Rechtliche Schritte zur Rettung des Schlossparks

Alles, was Recht ist

Karl Fr. Eckhardt

Damit im Falle gegenläufiger Interessen sich nicht grundsätzlich die mächtigere Partei mittels roher Gewalt und siegreicher Kriege durchsetzen kann, gibt es die Justiz als tragende Säule unserer „zivilen" Gesellschaft. Institutionalisiertes Recht soll eine Grundlage schaffen für gewaltfreien, möglichst „fairen", „gerechten" Ausgleich gegenläufiger Interessen. Die Freiheit, Einzelinteressen zu verwirklichen soll zwar nicht eigentlich genommen, aber doch so begrenzt werden, dass sie nicht einseitig in Willkür auf Kosten anderer umschlagen darf. (Das Funktionieren der Justiz soll hier nicht allgemein problematisiert werden, nur soweit: etwas Besserers haben wir nicht.)

Wer darf klagen?

Im Baurecht geht es um die Errichtung von stationären Raumkörpern: Immobilien. Interessenkonflikte treten da hauptsächlich zwischen direkten Nachbarn auf. Geradezu prototypisch für das Baurecht sind daher die „Abstandsrechte", mit denen einer zulässigen Bebauung Grenzen gesetzt werden, die respektiert werden wollen. Vorgeschrieben wird, wie nah ein neu geplanter Bau den künftigen Nachbarn „auf die Pelle" rücken darf.

Nachbarn sind erst einmal vor allem die, mit denen das neu zu bebauende Grundstück eine gemeinsame Grenze hat, im Weiteren aber auch all jene, die von einem geplanten Bauprojekt entscheidend mit Folgelasten für die eigene Existenz zu rechnen haben. Dazu gehören dann auch die Nachbargemeinden, wenn ein „Großprojekt" sie voraussichtlich so stark beeinträchtigt, dass ihre Versorgungsgrundlagen entscheidend darunter leiden könnten.

Ziel einer Gesetzgebung ist es nun, gesetzliche Instrumentarien zu liefern, mit denen erreicht werden kann, dass im Fall eines Streites keine der streitenden Parteien entscheidend bevorteilt oder benachteiligt wird, im Falle des Baurechts weder die Bauherrenpartei noch die nachbarliche Partei.

Als ein Hauptproblem gerichtlicher Praxis stellte sich für das Baurecht aber das Gerichtsverfahren selbst heraus, genauer: die Dauer des

Verfahrens. Bis zu einer rechtsgültigen Entscheidung ist in der Regel so viel Zeit vergangen, dass nicht mehr rückgängig zu machende Tatsachen geschaffen werden können, und wenn eine Baumaßnahme erst einmal abgeschlossen ist und das Gebäude steht – zu Recht oder zu Unrecht – muss es nicht mehr abgerissen zu werden.

Um den Schutz des Bestandes überhaupt zu gewährleisten, stellte die Gesetzgebung mit dem § 80 der Verwaltungsgerichtsordnung deshalb den durch die gerichtliche Praxis so prinzipiell benachteiligten Nachbarn ein Mittel zur Verfügung, das die Benachteiligung aufhob: ein Widerspruch oder eine Klage gegen eine Baugenehmigung hat unter dem Schutz dieses Paragraphen grundsätzlich aufschiebende Wirkung – gebaut werden darf erst, wenn das angerufene Gericht über die Rechtmäßigkeit entschieden hatte, was sich auch noch über mehrere Instanzen hinziehen kann.

Diese Lösung zugunsten des Nachbarn führt nun aber dazu, dass im Gegenzug die Bauherrenpartei durch die Dauer des Gerichtsverfahrens prinzipiell benachteiligt war. Entscheidet sich ein Nachbar zur Anfechtung der Baugenehmigung, musste mit dem Bau gewartet werden, bis eine gerichtliche Entscheidung herbei geführt war, auch wenn eine Klage nur mangelhaft begründet war und vergleichsweise aussichtlos erschien – meist dauerte das Jahre, was die Bauherrenpartei durchaus in den Ruin führen konnte.

Wieder trat die Gesetzgebung auf den Plan, schuf Abhilfe für die Bauherrenpartei und gab ihr mit dem § 212 des Baugesetzbuches ein Mittel in die Hand, dies zu unterbinden: Widerspruch und Anfechtungsklage eines Nachbarn haben keine aufschiebende Wirkung, heißt es darin speziell für das Baurecht. Stattdessen wurde ein gerichtliches Vorverfahren eingeführt, in dem kurz, aber doch intensiv und gründlich die Erfolgsaussichten eines ordentlichen Hauptverfahrens geprüft werden sollen.

Generell hat sich mit und seit den 1990er Jahren die rechtliche Situation zugunsten der Bauvorhabenträger gewendet. Hatte man seit den 1960er Jahren unter dem Eindruck eines zu schnellen, rigoros die gewachsenen städtischen Strukturen zerstörenden Aufbaus speziell die konservativen Kräfte im Baurecht gestärkt, um den zerstörerischen Tendenzen entgegenzuwirken – Naturschutz, Denkmalschutz und auch den Nachbarschutz –, so scheint jetzt alles darauf angelegt, dass Bauvorhaben, soweit es sich um Großinvestitionen handelt, möglichst nicht be- und schon gar nicht verhindert werden können. Das Gewicht von Natur- und Denkmalschutzinteressen wird dem Ermessensspielraum der städtischen Verwaltung überlassen, die auch schon die Baugenehmigung

erteilt hat. Und häufig kann dann „notfalls" auch noch eine Sondergenehmigung zugunsten des Vorhabens erteilt werden. Die Trennung von Verwaltungsmacht (Oberstadtdirektor) und politischer Macht (Oberbürgermeister) wurde aufgehoben, da diese Verdopplung der Macht zu viele „Reibungsverluste" erzeugt habe. Die Bezirksregierung, eine weitere Kontrollinstanz, wurde aufgelöst und soweit ihre Kontrollfunktion – etwa für den Naturschutz – auf das Umweltministerium verlagert wurde, delegierte dieses sie zurück an die Kommune. Derselbe Verwaltungsapparat, der die Baugenehmigung erteilt hat, ist auch für Kontrolle zuständig und kontrolliert sich praktisch selbst.

So konnte es kommen, dass Dr. Gert Hoffmann für das Schloss-Arkaden-Projekt in der Braunschweiger Zeitung verlauten ließ, „die Bäume müssen weg, dass ist das letzte Hindernis", und nur wenig später brüstete sich der Oberbürgermeister – als oberster Verwalter nunmehr auch oberster Naturschützer – dass er das Fällen der Bäume noch in der Brutzeit genehmigt habe, die nur wenige Wochen später zu Ende gewesen wäre und leicht hätte abgewartet werden können. Wenn kontrollierte Verwaltung und Kontrollaufsicht zusammenfallen, ist das eine gute Voraussetzung dafür, dass, wenn nicht der Sittenstrolch zum Sittenwächter, so doch der Bock zum Gärtner wird.

Mit dem in der Baugesetzgebung eingesetzten Vorverfahren hat sich die Entscheidung über die Realisierung eines geplantes Bauprojektes vom Hauptverfahren und den Berufungsinstanzen auf das Vorverfahren verlagert.

Rechtliche Schritte

Zu den konkreten Verfahren soll nur kurz Stellung genommen werden: Im entscheidenden Vorverfahren folgte das Gericht einem Bonner Anwalt – ein Spezialist in Fragen des Nachbarschutzes – und stellte fest, dass der gesetzlich vorgeschriebene Abstand auf einer Seite des Kaufhauskomplexes nicht eingehalten war, die Baugenehmigung also zu Unrecht erteilt war.

Die ECE löste das juristische Problem mit dem Scheckbuch: sie kaufte den ganzen Komplex mit mehr als 100 Wohnungen, Arztpraxen und vielen Geschäften und zog die Klage – nunmehr eine Klage gegen sich selbst – zurück, was dann nicht mehr überraschte. Andere Nachbarn, die klagten, waren in einer weniger betroffenen Lage und hatten keinen Erfolg, oder sie hatten ihren Widerspruch angesichts der einen erfolgreichen Klage bereits zurückgezogen.

Im Vorfeld des Genehmigungsverfahrens widmete sich ein Anwalt aus Münster dem Fall, der sich speziell der Problematik der adäquaten

Abwägungen im naturschutzrechtlichen und städtebaulichen Rahmen widmete und schon mehrfach bei anderen Projekten der ECE gezeigt hatte, dass Abwägungen nur mangelhaft vorgenommen worden waren. Die ECE löste das Problem, indem der Kanzlei dieses Anwaltes ein Auftrag angeboten wurde, was zu einer Interessenkollision hätte führen müssen. Der Münsteraner Anwalt übergab daher einvernehmlich das Mandat dem Bonner Kollegen.

Vermutete Vorteilsnahme im Amt

Sigrid Probst

Am Wochenende 21./22. Mai 2005 erschien in allen Blättern dieser Stadt eine riesige doppelseitige Anzeige mit dem Titel: „Das Schloss kommt wieder". Es war der Tag, an dem viele Braunschweiger und Braunschweigerinnen den Bauzaun umstellen sollten, um dadurch wenigstens ihren Zorn über das Geschehene deutlich zu machen. Die Bäume waren gefallen. Den Schlosspark gab es nicht mehr.

Meine Empörung war groß. Nun dazu noch die Anzeige mit dem Schloss in der lokalen Presse, ohne auch nur im Ansatz das eigentliche Kaufhaus deutlich zu machen.

Ein Koloss, eben nur mit Schlossverkleidung. 30000 Quadratmeter Verkaufsfläche für Braunschweig. Zwar war durch die kleine Aufschrift „Anzeige" erkennbar, dass es sich um eine solche handelte, dennoch erweckte die Aufmachung den Eindruck einer offiziellen Mitteilung der Stadt Braunschweig. Links ein Portrait von Oberbürgermeister Hoffmann, rechts von Kunst- und Bauhistoriker Dr. Bernd Wedemeyer, Mitarbeiter der Borek-Stiftung.

Von Hoffmann wurde der Aufwind beschrieben, von Wedemeyer die Historie. Unten auf einem breiten Band: Schloss-Arkaden Braunschweig, daneben ein Wappen, das dem offiziellen Stadtwappen der Stadt Braunschweig ähnelte.

Am 2. Juni 2005 habe ich daraufhin an das Niedersächsische Ministerium für Inneres und Sport, Kommunale Aufsichtsbehörde, eine Dienstaufsichtsbeschwerde geschrieben. Ich hatte ganz einfache Fragen:

- Darf ein Oberbürgermeister sich von einem Konzern so einbinden lassen?
- Hat ECE diese Anzeige bezahlt?
- Wem nutzt das?

1. Dem Oberbürgermeister für sich als Werbung?
2. Dem ECE-Center, ihn als Werbeträger einzusetzen?

Dann habe ich noch nach dem Einsatz des abgebildeten wappenähnlichen Löwen gefragt. Ist das ein Täuschungsversuch, da man den Menschen suggerieren möchte, es handele sich um eine offizielle Verlautbarung der Stadt Braunschweig?

Diese Dienstaufsichtsbeschwerde ist im Rat der Stadt Braunschweig gelandet, da die Kommunalaufsicht (ehemals bei der Bezirksregierung angesiedelt) diesen als Kontrollgremium gegenüber dem Oberbürgermeister ansah. Die Reaktion des Oberbürgermeisters war krass. Er reagierte mit Äußerungen wie: „Was meint die Frau? Dass ich Geld genommen habe? Dann soll sie die Beweise auf den Tisch legen."

Auf einmal wurde meine frühere Tätigkeit als Zweite Bürgermeisterin der Stadt wichtig, obwohl ich sonst als Zuhörerin im Rat absichtlich übersehen werde. Ich habe es geschafft, nach mehrmaligen Druck in der Braunschweiger Zeitung, eine Art Gegendarstellung unterzubringen. Sie erschien am 13. Juni 2005. Da der Oberbürgermeister mich aufforderte, Strafanzeige zu stellen, antwortete ich ihm darauf in der Zeitung. Die Dienstaufsichtsbeschwerde enthalte die Vermutung einer „Vorteilsnahme". Er wüsste, dass ein Vorteil nicht nur in Form von Geld, sondern auch in anderer Form gewährt werden kann.

Dr. Hoffmann ging zuerst nur auf den Eidenbenzlöwen ein – das offizielle Wappen der Stadt Braunschweig –, sprach dann von Ehrverletzung und vorgetragenem Unfug. Er erwähnte die Vorworte, Grußworte, Grußadressen in Broschüren. Auf meine gezielten Fragen antwortete er nicht.

Am 27. September 2005 wurden vier Dienstaufsichtsbeschwerden im Rat behandelt.
Die Ratsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen sowie der Ratsvertreter der PDS haben den Beschwerden zugestimmt, die SPD hielt die Dienstaufsichtsbeschwerden für juristisch unbegründet, die CDU-/FDP-Mehrheit hat sie selbstverständlich abgelehnt.

Die Abgrenzung der Stadt Braunschweig gegen meine Person geht mittlerweile soweit, dass städtische Vertreter mit mir gemeinsam keine Interviews mehr geben dürfen. Eine entsprechende Anfrage des NDR wurde mit den Worten „Keine Gespräche mehr mit Frau Probst" beantwortet.

Foto: Sabine Kern

VIII. Der Verlust öffentlichen Raums

Inszenierte Stadt — Verkehrte Welten

Holger Pump-Uhlmann

Braunschweigs große Vergangenheit als bedeutende mittelalterliche Stadt ist ihr heute oftmals eine Last. Wohl kaum eine Stadt von der Größe Braunschweigs besitzt eine derartig ausgedehnte Einkaufszone. Diese Zone mit Leben zu füllen, ist schon schwierig genug. Nun wird durch die Errichtung eines innerstädtischen Einkaufszentrums von nahezu ähnlicher Dimension wie die der Potsdamer-Platz-Arkaden in Berlin (30 000-35 000 qm reine Nutzfläche in Braunschweig zu 40 000 qm Nutzfläche am Potsdamer Platz) der Innenstadt ein große Bürde auferlegt.

Auch wenn sich das geplante ECE-Shopping-Center einer traditionalistischen Architektursprache bedient, das Stadtverständnis ist ein ganz anderes als dasjenige der traditionellen europäischen Stadt. Dessen tradiertes Bild, wenn es je einen Konsens darüber gegeben hat, besteht aus einer kleinen übersichtlichen, zum Land abgegrenzten Stadt mit Stadthäusern auf kleinteiligen Parzellen, die jeweils eine hochgradig differenzierte Nutzung von Gewerbe, Wohnen und Grünräumen etc. beinhalten und deren Fassaden zum öffentlichen Raum orientiert sind.

Die Shopping-Mall hat mit einer solchen Stadt nichts gemein. Sie benutzt lediglich Elemente des tradierten Bildes für die Ausstattung der Innenwelt. Die Schloss-Arkaden sprengen den vorhandenen städtebaulichen Maßstab. Die vorhandene Stadtstruktur ist in unmittelbarer Umgebung sehr heterogen und mit Ausnahme des ehemaligen Horten-Kaufhauses, im wesentlichen von kleinteiliger Struktur. Da kann auch die Gliederung des geplanten Einkaufzentrums mit Hilfe einer partiellen Schlossrekonstruktion die Unmaßstäblichkeit der Mall nicht kaschieren. Wer sich die Größe des ehemaligen, vom Typus eh schon stadtfeindlichen Schlosses vor Augen hält, dem wird die Unmaßstäblichkeit des gesamten Vorhabens bewusst.

»Learning from Las Vegas«

Die additive Verknüpfung von Mall und Schloss in einem Großbaukörper wirkt befremdlich, war das Schloss doch als Solitär – wie auch anders denkbar im klassizistischen Städtebau – freigestellt. Es war auf Abstand bedacht: dies war ja eben der beabsichtigte Ausdruck dieser Herrschaftsarchitektur. Nun soll es baulich eingebunden werden. Ganz offensichtlich dient das Schloss als reine Kulissenarchitektur für ein dahinter befindliches Einkaufszentrum.

Die geplanten Schloss-Arkaden sind also ein Musterbeispiel für den „dekorierten Schuppen", mit dessen Begriff Robert Venturi, Denise Scott Brown und Peter Izenour in ihrer Studie „Learning from Las Vegas" den am häufigsten verwendeten Bautyp der amerikanischen Geschäftsstadt charakterisierten.

Auch die funktionale Vielfalt der traditionellen europäischen Stadt wird man in der Mall vergebens suchen. Alles ist dem Diktat des Konsums unterworfen. Erst nach dem wiederholten Aufschrei gegen die profane Nutzung hinter einer Schlossfassade entschloss sich die Stadt Braunschweig selbst, künftig Mieter zu werden und kulturelle Nutzungen wie das Stadtarchiv, das Standesamt und das Kulturinstitut im Schloss unterbringen zu wollen.

Kulturkritiker sprechen von „Disneyfizierung", um den Trend der funktionalen Einengung der Stadt auf die Themen wie ‚Shopping', ‚Entertainment' und ‚Event' plakativ zu beschreiben. Dem Wunsch nach Revitalisierung der Großstadt steht in erstaunlicher Widersprüchlichkeit eine monostrukturelle Verarmung in Form gleicher Bautypologien der Einkaufscenter mit dem allerorten bekannten gleichen Warenangebot internationaler Ladenketten gegenüber.

Andernorts vermitteln schon jetzt riesige innenstädtische Urban-Entertainment-Center den Eindruck, als ob der öffentliche urbane Raum ausschließlich durch Konsum bestimmt sei. Die Orte werden hergestellt, reproduziert oder erfunden. Kontextuelle Bezüge zum real existierenden Ort werden dagegen meist ignoriert, dies zeigt auch das Braunschweiger Beispiel sehr deutlich: trotz oder gerade wegen der Schlossfassade.

Privatisierte Stadt

„Künstlich" produzierte Erlebnisräume verlegen Freizeitgestaltungen in abgekapselte Binnenwelten und verwandeln Bahnhöfe und andere öffentliche Orte zu Shopping-Centern. Es entstehen Bereiche in den Städten, aus denen alle negativen Erscheinungen des städtischen Lebens ausgesperrt werden: die Witterung und der Straßenverkehr, aber auch bestimmte Bevölkerungsgruppen.

Diese Bereiche „gehören" also nicht mehr allen und können nicht mehr von allen genutzt werden, weil es Zugangsbeschränkungen gibt, weil Hausregeln, Videokameras und private Sicherheitskräfte für den Schutz und die Sicherheit der Besucher sorgen sollen. Im Braunschweiger

ECE-Center wird das Wegerecht außerhalb der Öffnungszeiten eingeschränkt. Lediglich in einem „Museumspassage" genannten Durchgang ist eine Durchquerung des circa drei Hektar großen Geländes zwischen sieben Uhr morgens und ein Uhr nachts möglich. Die Folge ist, dass sich Privatgebäude wie die Braunschweiger Schloss-Arkaden öffentlichen Raum einverleiben und Miniaturstädte eigenen Rechts gründen. So entsteht eine neue Form von Urbanität: eine Mikrourbanität. Paradoxerweise tragen diese Räume zur Wiederbelebung danieder liegender Stadtzentren bei und spielen zugleich eine aktive Rolle bei deren Zerstörung. Denn was nun in privater Bauherrenschaft erstellt wird, bemüht zwar gern das Bild des öffentlichen Raums – und wird von vielen auch unkritisch so erlebt –, gleichwohl aber dominieren bei Konzeption und Betrieb kommerzielle Interessen. Der Charakter öffentlicher Räume und die urbane Vielfalt werden durch die Wahrnehmung privaten Hausrechts letztlich in Frage gestellt.

Polizei auf dem WTO-Kongress in Seattle 1999 vor Nike-Town
(Bild nach einem Foto von Alan Clark/Agentur Reuters).

Amerikanisches Stadtverständnis

Wie bei den amerikanischen Vorbildern so hat sich der Investor auch im Braunschweiger Fall das Nutzungsrecht über die öffentlichen Außenflächen in seiner unmittelbaren Umgebung gesichert. In geradezu entlarvender Weise werden in der Planung Fußgängerbereiche in und am Bohlweg beziehungsweise dem sogenannten künftigen „Schlossplatz" als „Aufstellflächen" bezeichnet. Die Vorbereiche dürfen von ECE zu PR-Zwecken „bespielt" werden, dafür übernimmt der Investor die Reinigung der Flächen. Welchem Bürger der Stadt ist es erlaubt, den öffentlichen Raum in so umfänglicher Weise eigenen Zwecken dienlich zu machen?

Die Vernetzung der Mall mit dem öffentlichen Raum ist eine völlig andere, als es die Einkaufspassagen oder -galerien des 19. und 20. Jahrhunderts in brillanter Weise vorexerzierten und wie es generell in der traditionellen „europäischen Stadt" üblich war. Trotz anderer offizieller Verlautbarungen muss aufgrund der vorliegenden Planung konstatiert werden, dass die Schloss-Arkaden in Braunschweig im wesentlichen nach innen gewandte Verkaufsinseln beinhalten mit zentralen Eingängen, denen der öffentliche Raum als Anlieferungsbereich zur Verfügung gestellt wird. Die wichtigsten Zugänge werden die Fahrstühle von den oben liegenden Parkdecks sein. Trotz aller Inszenierungsabsichten werden die Straßenfassaden funktional gesehen doch nur die Rückseiten der Mall sein, nicht die Vorderseiten. Die Umkehrung von Innen- und Außenraum findet ihre Fortsetzung und der öffentliche Raum wird weiter abgewertet, die private Innenwelt der Einkaufspassage aufgewertet. Indessen, kühl und gekonnt, bis ins Detail durchkomponiert, scheint das Konzept der Animateure aufzugehen. Die Besucher werden – so ist zu befürchten – den Mix aus Unterhaltung, Shopping und Vergnügen honorieren – jedenfalls bis Ladenschluss. Was von der Innenstadt Braunschweigs bleibt, hat mit einem traditionellen Stadtverständnis nichts mehr gemein. Dienten Plätze und öffentliche Räume früher vornehmlich dazu, Gelegenheit dafür zu schaffen, damit Menschen sich versammeln können, so dienen sie heute nahezu ausschließlich dem Konsumieren. So schrieb der holländische Architekt und Urbanist Rem Koolhaas in seiner Harvard-Studie zum Thema Shopping recht resignierend: *„Shopping ist die wohl letzte Form öffentlicher Handlungsmöglichkeit"*.

Eine psychogeografische Reise

Alexandra Funke

„In girum imus nocte et consumimur igni" Dieses alte Palindrom hat Guy Debord, der bekannteste Theoretiker der Situationisten, plagiiert und für sich in Anspruch genommen. *„Wir laufen des Nachts im Kreis herum und werden vom Feuer verzehrt."*
Eine besondere Technik der Stadtwahrnehmung steckt dahinter: Das ziellose Umherschweifen in veränderlichen Szenerien. Infolge der Aufmerksamkeit auf dieses Tun ergibt sich eine veränderte Wahrnehmung auf altbekannte Dinge und eine Art erlebte Poesie.

Ein Rekurs auf die Geschichte der Situationistischen Internationale (S. I.), die sich auf mehreren kulturellen Gebieten (Literatur, Kunst, Architektur) einen Namen machte und eng mit dem Pariser Mai 1968 verknüpft ist, soll an dieser Stelle nicht erfolgen. Stattdessen beziehe ich mich auf einen Ausschnitt ästhetischer (das heißt auf die Wahrnehmung bezogener und zugleich politischer oder sozialer) Strategien der S. I., die Anlass bieten, sich vom klassischen Sonntagsspaziergang – der eher auf ein Nicht Sehen, Nicht Fühlen, Nicht Wahrnehmen abgestellt ist – zu verabschieden und eine neue Sicht auf die Stadt zu wagen.

1. Psychogeografie

Die Psychogeografie befasst sich mit der Erforschung der Wirkung städtischer Umgebungen auf das Gefühlsverhalten der Menschen. Es gibt eine Architektur der Gefühle und „psychische Klimazonen" in der Stadt. Ziel der Psychogeografie ist es die emotionalen Auswirkungen urbaner Strukturen auf ihre Ursachen hin zu überprüfen.

Diese Forschungen darf man sich jedoch nicht streng wissenschaftlich vorstellen. Wie bei allen Theorien und Praktiken der Situationisten dürfen Spiel, Ironie und Humor nicht fehlen.

Beispiele

- Durchwanderung des Harzes anhand eines Londoner Stadtplans
- Vorschlag sämtliche Reiterstatuen (Denkmale der Unterdrückung) aller Städte an einem abgelegenen Ort zu sammeln. Der Anblick einer „synthetischen Kavallerie-Attacke" böte zukünftigen Passanten ein Schauspiel, das man dem Andenken an bedeutende Massenmörder der Geschichte widmen könnte.

2. Kritik am »Spektakel« – Schaffung lebendiger Situationen

Mitglieder der S. I. kritisierten die Warentauschgesellschaft des Spätkapitalismus. Der über das Objekt hinausweisende mystisch-metaphysische „Warenfetischismus" des 19. Jahrhunderts, wurde im 20. Jahrhundert ersetzt durch das „Spektakel", das den Menschen durch den gesamten Alltag begleitet und vom wirklichen Leben fernhält.

„Spektakel" ist nicht die „Übertreibung einer Welt des Schauens" (Debord), wie es durch die massenhafte Verbreitung von Bildern geschieht, sondern ein totes zu einem Bild gewordenes In-der-Welt-Sein. Ein Alltag mit einer geregelten Freizeitindustrie – ohne echte Erlebnisse – sorgt in diesem Sinne für eine innere Leere, die sich bequem nur mit diversen Spektakeln füllen lässt.

Ein neues qualitativ leidenschaftliches Lebensumfeld, in dem sich diffus wahrgenommene Bedürfnisse klären lassen und neue Bedürfnisse entstehen, soll geschaffen werden.

Foto: Sabine Kern

Die Abbildung zeigt das ECE-Banner: „für Braunschweigs Geschichte & Zukunft …" und die archäologischen Grabungen. Ein großer Teil bedeutender Stadtgeschichte – Reste der Stadtmauer Heinrichs des Löwen, Grundmauern des Ottmerschlosses sowie Reste des historischen Schlossgartens – ging mit der Tilgung des Areals unwiderbringlich verloren.

3. Und der Schlosspark?

Der Schlosspark – der als öffentlicher Garten eine Umgebung für ein lebendiges In-der-Stadt-Sein geboten hat – wird ersetzt durch ein riesiges Einkaufszentrum. Dieses wird gleichsam als ‚Mimikry-Schloss', vielleicht nicht einmal seine Falschheit konsequent durchhalten, weil es ständig bemüht ist seine Echtheit zu bezeugen. Es ist ein zu einem Bild erstarrtes Gebäude und zusammen mit seinem Innenleben ein „Spektakel" par exellence.

Ein öffentlich zugänglicher Park ist gekennzeichnet durch ein bestimmtes emotionales Klima, das (naheliegend) einen ruhenden Gegenpol zur lärmenden Stadt bietet und im Gegensatz zu einem eingeschränkt zugänglichen privaten Raum ganz andere Möglichkeiten des persönlichen Ausdrucks eröffnet.

Eine Szenerie, die allein schon durch die Jahreszeiten und gärtnerische Gestaltungsmöglichkeiten zu einer veränderlichen wird, ist eine Szenerie, die einer Wahrnehmung der Umgebung und einer Selbstwahrnehmung des Menschen in dieser Umgebung vielfältigere Denk- und Handlungsräume bietet als ein von vornherein durchinszeniertes Einkaufzsentrum.

Der Park war neben einem Raum der Erholung und Kontemplation – als Insel inmitten geschäftiger Welt – auch ein historischer Raum. Dieser sich in einer Schicht unterhalb des ‚Parkraums' befindliche Raum, mit den Resten der Stadtmauer Heinrichs des Löwen und des Ottmerschlosses trat mit der archäologischen Grabung zutage und wurde – nur kurz sichtbar – mit dem Park radikal vernichtet. Denn diese Schichten, die sich auf die Psychogeografie auswirken, sind getilgt und nicht nur verschüttet worden. Nun ist die Wirkung einer verschütteten Schicht, die unsichtbar, aber präsent ist, eine andere als die Wirkung einer getilgten Schicht, die nur noch Phantomschmerzen hervorrufen kann.
Es bleibt die Aufgabe zu überprüfen, welche Wirkung die Mall, die neben einem großen Anteil Kaufkraft, auch fast sämtliche kulturellen Kräfte an sich binden will, auf das Gefühlsverhalten (und darüber auch auf das Denken und Handeln) haben wird.

IX. Der Schlosspark fällt — Fakten werden geschaffen

Wie der Braunschweiger Schlosspark fiel

Nicole Palm

Es ist Mittwoch nach Pfingsten. Der 18. Mai 2005, um genau zu sein. Um 7:28 Uhr klingelt das Infotelefon, das die Schlossparkfreunde bereits seit einiger Zeit betreiben, um Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit zu geben, Fragen zu stellen und Beobachtungen aus dem Park weiterzugeben. So ist es auch heute morgen. Ein aufgebrachter Anwohner des Ritterbrunnens teilt mit, dass im Schlosspark mit dem Fällen der Bäume begonnen wurde.

Dieser Schock sitzt tief. Sofort starte ich einen Rundruf, damit möglichst viele Schlossparkfreunde frühzeitig vor Ort sind. Der Anblick, der sich dort bietet, muss schlimm sein. Den gesamten Vormittag erreichen mich noch zahlreiche Anrufe, die vom rasanten Fortgang der Fällungsarbeiten berichten. Bis zum Mittag ist der Park mehr oder minder platt gemacht. 270 Bäume fallen der Kreissäge in einem rasanten Tempo zum Opfer. Besonders erschütternd empfinden viele Bürger die Fällung der etwa 250 Jahre alten Platane, eines majestätischen Baumes, der – so steht es später auf Plakaten zu lesen – Feuer und zwei Weltkriege überlebt hat, aber der Politik einer Ein-Stimmen-Ratsmehrheit zum Opfer fiel. In einer Nacht- und Nebelaktion – wie man später erfuhr, ist die Genehmigung zur Fällung erst wenige Stunden zuvor erteilt worden – eliminiert man neuerdings in Braunschweig Grünflächen.

Die anwesenden Schlossparkfreunde berichten von Wut, Trauer, Entsetzen. Es fließen Tränen, Menschen machen sich beim Wachpersonal und den Arbeitern Luft.

Die Bereitschaft, an der für den kommenden Sonnabend angekündigten Menschenkette teilzunehmen, ist groß.

Erst nachmittags stehe ich am Kleinen Haus im Eingangsbereich am Zaun vor dem niedergemetzelten Park. Da kämpfe ich mit den Tränen. So etwas in meiner Heimatstadt erleben zu müssen, hätte ich nie für möglich gehalten. Im Schlosspark bin ich als kleines Kind mit meinem Vater spazieren gegangen, habe später „Schlossparkfeten" gefeiert und mich so oft nach einem Stadtbummel mit einem Eis auf eine der zahlreichen

Bänke gesetzt. Es ist ein Abschied – ein Abschied von einem Stück Braunschweig.

Zwei Jahre habe ich für den Erhalt des Schlossparks gekämpft, gemeinsam mit so vielen Braunschweigerinnen und Braunschweigern! Das hat mich immer wieder zum Weitermachen motiviert, auch wenn ich zwischendurch einmal aufgeben wollte. Die Aktivitäten zum Erhalt des Schlossparks waren nach meinem Gefühl das Beste, was Braunschweig je erlebt hat. So viele unterschiedliche Menschen haben sich mit so vielen unterschiedlichen Aktionen für diesen Park engagiert. Das hat mich in diesem traurigen Moment stolz und glücklich gemacht.

Wir trauern um den Schlosspark.

270 Bäume mussten durch einen Willkürakt sterben.
Am 18. Mai 2005 starb der Erholungsort für viele
Braunschweiger Bürgerinnen und Bürger,
Brut- und Nistplatz für zahlreiche Vögel.

Der Protest geht weiter:
Menschenkette um den Schlosspark,
Treffpunkt: Sonnabend, 21. Mai 2005,
12 Uhr, Rathausvorplatz

Eine Aktion von Braunschweiger Bürgerinnen und Bürgern unterstützt durch:
braunschweiger forum • Bündnis für saubere Luft •
Bündnis 90/Die Grünen • Kreisverband Braunschweig •
BUND Kreisgruppe Braunschweig • DGB Kreis Braunschweig •
Forum für den Erhalt des Schlossparks • Friedensbündnis •
Initiative Innenstadt • Initiative Natur in die Stadt •
Jusos in der SPD • Naturschutzbund (NABU) Braunschweig • PDS
Kreisverband Braunschweig • ROBIN WOOD •
Umweltzentrum Braunschweig e. V.

Infos unter: www.menschenkette-braunschweig.de

Traueranzeige in der Braunschweiger Zeitung vom 20. Mai 2005

Die restlose Zerstörung des Schlossparks

Gabriele Uhlmann

„Wir werden keine blühenden Bäume fällen." Diese Aussage von ECE und Oberbürgermeister Dr. Hoffmann hat sich mir eingeprägt, weil sie so zynisch wie manipulativ war. Blühende Bäume, dieses Bild geht ans Herz.

Nun ist die Zeit der Blüte die kürzeste im Jahreszyklus eines Baumes. Nach der Blüte sind Bäume aber keineswegs weniger wertvoll. Im Gegenteil: Neben der Schönheit und dem Erholungswert, neben der Bedeutung als Lebensraum für Vögel, Fledermäuse und Insekten hatte unser Schlosspark als Klimapumpe für die Innenstadt eine wichtige Funktion. Der Park filterte die feinstaubhaltige Luft, befeuchtete sie, kühlte sie ab und gab sie gereinigt in die Innenstadt zurück. Das alles war von Anfang an für Oberbürgermeister Hoffmann unsichtbar und damit für den schönen Schein unbrauchbar. Der Bauzaun war Teil des Konzeptes. Er war das Feigenblatt, sollte die üblen Machenschaften dahinter verdecken. So erklärt sich auch, dass erst mit Baubeginn große Gucklöcher hineingeschnitten wurden.

Wer den Satz genau gelesen hatte, wer sich nicht von den Blüten hatte blenden lassen, wusste, dass nach der Blüte gefällt wird, ganz egal, ob die Vögel gerade Junge in ihren Nestern haben würden. Am 18. Mai war es dann soweit. Etwas hatten die Verantwortlichen aber vergessen: Von der Freitreppe des Kleinen Hauses aus war das Geschehen gut zu beobachten. Welches Schauspiel sich allerdings dort bot, war alles andere als erbaulich. Die Bulldozer rammten die Bäume, das saftige Grün fiel ächzend zu Boden. Vögel hüpften aufgeregt zwischen dem Geäst hin und her, ihre Nester suchend. Nicht nur mir kamen die Tränen. Viele Leute hatten sich versammelt und schauten fassungslos auf die geballte Brutalität, die sich hier offenbarte. Nicht nur das – hier wurde die Würde der Natur mit Füßen getreten. Beschreiben lässt sich das Massaker kaum, hier müssen Bilder sprechen.

Am Tag darauf lasen wir in der Braunschweiger Zeitung von einer geradezu heldenhaften Tat von ECE.
Sie brachten eine handvoll Nester mit Küken in den Vogelpark Walsrode, wo sie nur wenige Tage später alle starben. Das geschah unter Vorspiegelung falscher Tatsachen, wie die Mitarbeiter des Vogelparks in einem Interview gegenüber der Umweltzeitung berichteten. In den Gesprächen mit ECE war lediglich von *einem* gefällten Baum die Rede, nicht von einem ganzen Park. Dass in Braunschweig der komplette Schlosspark abgeholzt worden war, erfuhren die Mitarbeiter des Vogelparks erst durch Anrufe von Bürgerinnen und Bürgern.

X. Die erste Menschenkette in Braunschweig

Eine Stadt trauert um ihren Park

Meinhard Ritscher

Anderthalb Kilometer Bauzaun würden den Schlosspark umrunden, hatte in der Zeitung gestanden. Ich war in einem Buchladen in der Innenstadt, als ich das las und konnte es kaum fassen.

Also schaute ich nach und wirklich: Da stand ein riesiger Zaun, mir blieb der Mund offen stehen. Wer es bis dahin nicht begriffen hatte, wie viel öffentlicher Raum verloren gehen sollte, der musste es spätestens jetzt erkennen.

Ich hatte mich immer wieder über die Zitate des Oberbürgermeisters in der Presse geärgert. Manchmal empfand ich sie als eine persönliche Beleidigung. Aber ich konnte mir einfach nicht vorstellen, dass das ECE-Einkaufszentrum von den Braunschweiger Bürgerinnen und Bürgern gewollt und geduldet werden könnte. Die „Schlossparkfreunde" machten ja eine ganz gute Arbeit.

Und nun dieser hässliche Zaun rund um den Park. Bei der Betrachtung kam mir die Idee, dass man ihn wiederum durch eine Menschenkette – eine Art symbolischen Schutzwall – umrunden müsste. Mit dieser Idee wandte ich mich an die „Schlossparkfreunde". Das Echo war positiv, nur das Finden eines passenden Termins wurde schwierig.

Am 11. Mai 2005 war es endlich soweit. Eine kleine Gruppe von Leuten, die sich an der Organisation beteiligen wollten, traf sich im Umweltzentrum. Wir kamen zu dem Schluss, dass wir schnell handeln mussten. Als Termin wählten wir Samstag, den 21. Mai 2005 aus. Die nächsten Tage wurden äußerst hektisch: Flugblätter waren zu entwerfen und zu verteilen, die Webseite **www. menschenkette-braunschweig.de** musste gestaltet werden und Pressetermine standen an.

Wie schafft man es neben seiner eigentlichen Arbeit, innerhalb von zehn Tagen mindestens 700 Menschen zu mobilisieren? Denn genau so viele brauchten wir, um den ECE-Bauzaun zu umrunden, hatte ich ausgerechnet. Zum Glück gab es zahlreiche motivierte Helferinnen und Helfer.

Dann kam der 18. Mai 2005 und mit ihm das schnelle und brutale Ende des Schlossparks. In einer klammheimlich vorbereiteten Aktion wurden einfach alle Bäume gefällt. Wofür sollten wir nun noch demonstrieren? Was konnten wir noch schützen?

Nichtsdestotrotz beschlossen wir, unsere Wut und Trauer öffentlich zu zeigen. *„Jetzt erst recht!"* war fortan das Motto. Wir konnten die endgültige Zerstörung des Areals nicht schweigend hinnehmen. Wir wollten ein deutliches Zeichen setzen. Wir wollten zeigen, dass eine stattliche Anzahl von Bürgerinnen und Bürgern dieser Stadt die getroffene Entscheidung nicht mit trägt. Auch wenn CDU-Oberbürgermeister Hoffmann immer wieder versuchte, dies herunterzuspielen.

Je näher der Termin rückte, desto banger stellten wir uns die Frage, wie viele Menschen wir wohl erreicht hatten. Würden sie wegen der Abholzung der Bäume nicht mehr kommen oder gerade deswegen?

Als sich der Rathausvorplatz am 21. Mai 2005 langsam füllte, war abzusehen, dass weit mehr als die anfangs erhofften 700 Menschen zusammenkommen würden. Am Ende waren es 2000 bis 2500 Menschen, die sich um den Baumzaun drängten.

Als die Kette längst geschlossen war und immer noch mehr Menschen hinzuströmten, wussten wir, warum sich die regierenden CDU-/FDP-Politiker vor einem Bürgerentscheid über die Zukunft des Schlossparks so gefürchtet hatten.

Der Aufstand der Bürger

Barbara Schulze

Der 18. Mai 2005 war ein schwarzer Tag für Braunschweig. 270 Schlosspark-Bäume fielen unangekündigt der Kettensäge zum Opfer, darunter auch eine mehr als 200 Jahre alte ehrwürdige Platane. Drei Tage später schöpfte ich wieder Hoffnung. Denn am 21. Mai 2005 erlebte Braunschweig die größte Demonstration zu einem lokalpolitischen Thema seit Jahrzehnten.

Als Anmelderin der Menschenkette um den Schlosspark war ich sehr nervös, als ich um kurz vor 12:00 Uhr den Rathausvorplatz betrat. Zwar hatten neben dem „Forum für den Erhalt des Schlossparks" ein gutes Dutzend weitere Organisationen zur Teilnahme aufgerufen, aber wie viele Leute diesem Aufruf folgen würden, war ungewiss.

Von der tatsächlich herbei eilenden Menge war ich dann schlicht überwältigt. Beeindruckt haben mich auch die vielen fantasievollen Sprüche, mit der die Menschen ihre Empörung über die handstreichartige Fällung der Schlosspark-Bäume ausdrückten: *Dieser Park gehört*

uns, ECE Braunschweig ade, Verraten und Verkauft, Herzog Hoffmann – sponsert by ECE und anderes mehr.

Das Transparent *Kein ECE-Kaufschloss* schaffte es dank einiger kletterfreudiger Demonstrantinnen und Demonstranten auf das umzäunte Baugelände. Und der Slogan *Hoffmann absägen* wurde durch ein Foto in der Braunschweiger Zeitung massenhaft weiterverbreitet (siehe Ann Claire Richters Bericht „Der Oberbürgermeister im Zentrum der Kritik" vom 23. Mai 2005).

Foto: Privat

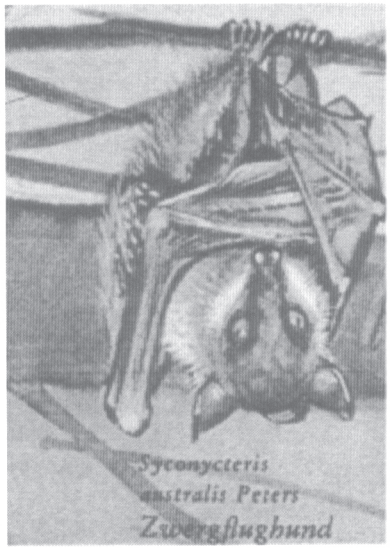
Begeisterten Applaus erhielten bei der Auftaktkundgebung die beiden Redner Dr. Uwe Meier und Hartmut El Kurdi, die mit ihren kräftigen Seitenhieben auf die bürgerfeindliche Politik des amtierenden Oberbürgermeisters und seiner Ratsmehrheit den Anwesenden aus der Seele sprachen. Mit der zeitweiligen Sperrung des Bohlwegs und der Georg-Eckert-Straße unterstützte die örtliche Polizei unsere Menschenkette tatkräftig. Als dann noch die Teilnehmerinnen und Teilnehmer spontan anfingen, gegen den Bauzaun zu hämmern und zu klopfen, wurde der Protest unüberhörbar.

Deutlich wurde, dass viele Braunschweigerinnen und Braunschweiger nicht bereit sind, die Art und Weise hinzunehmen, wie die Schlosspark-Zerstörung und das ECE-Megakaufhaus rücksichtslos durchgeboxt wurden – ohne Bürgerbefragung oder Bürgerentscheid. Das macht mir trotz allem Mut für die Zukunft!

XI. Die Strafanzeigen

Der NABU stellt Strafanzeige

Carlo Fuchs



Pressemitteilung 16.06.2005
Der Naturschutzbund Deutschland (NABU), Bezirksgruppe Braunschweig e. V., hat am Donnerstag, den 16.06.2005, gegen Herrn Dr. Gert Hoffmann, sowie gegen Unbekannt Strafanzeige erstattet. Begründet wurde die Strafanzeige mit dem massiven Verstoß gegen die Verbote nach § 37 (1) des Niedersächsischen Naturschutzgesetzes und § 42 (1) des Bundesnaturschutzgesetzes im Zusammenhang mit der Fällung von ca. 270 Bäumen des Braunschweiger Schlossparks sowie der Entfernung des gesamten Unterholzes und Buschwerkes in den Folgetagen.

Wie die ersten beiden Vorsitzenden des NABU, Prof. Dr.-Ing. Friedmund Melchert und Carlo Fuchs, mitteilten, hält der NABU bereits die Erteilung einer Ausnahmegenehmigung aufgrund der in der Pressemitteilung des Oberbürgermeisters vom 18. Mai 2005 genannten Gründe für rechtswidrig.

Die angegebenen „wirtschaftlichen Nachteile" einer Verschiebung der Maßnahmen um wenige Wochen bis zum Ende der Brutperiode rechtfertigten nicht den massiven Eingriff und Verstoß gegen die Naturschutzgesetze. Dem OB war dabei bekannt, dass dieser Termin mitten in der Brutzeit lag und damit die Vernichtung von Nest-, Brut-, Wohn- und Zufluchtstätten wild lebender Tiere der besonders und streng geschützten Arten zur Folge hatte.

„Trotz zweier konkreter schriftlicher Nachfragen an Herrn Dr. Hoffmann durch uns als NABU-Bezirksgruppe sowie einer zusätzlichen Nachfrage durch unseren Landesverband hat der NABU bisher weder den Text der Ausnahmegenehmigung noch die angefragte Auskunft über Durchführung, Überwachung und Einhaltung erteilter Auflagen erhalten", so Prof. Dr. Friedmund Melchert.

„Dies steht uns nach dem UIG (Umweltinformationsgesetz) zu", ergänzt Carlo Fuchs. „Vor einer Strafanzeige hätten wir zwar gern die vollständigen schriftlichen Unterlagen eingesehen, aber wir lassen uns jetzt nicht länger hinhalten. Welchen Stellenwert der Naturschutz für die jetzige Verwaltungsspitze hat, zeigt auch die beschämende Tatsache, dass Herr Dr. Hoffmann es nicht für nötig hält, dem Träger der Bürgermedaille der Stadt Braunschweig persönlich auf seine Anfragen zu antworten. ...", so Carlo Fuchs. ...

„Davon abgesehen, dass wir die erteilte Ausnahmegenehmigung an sich bereits für rechtswidrig halten, sind, soweit man dies ohne Einsichtnahme in die Akten beurteilen kann, zudem sowohl in der erteilten Genehmigung als auch in der Ausführung eine Reihe von weiteren naturschutzfachlichen Mängeln festzustellen. Sachlich festzuhalten ist, dass die geborgenen fünf Nester und 20 Vogeleier nur einen kleinen Bruchteil der tatsächlich vorhanden gewesenen und zerstörten Vogelniststätten darstellen. Es erscheint uns deshalb unmöglich, dass es im Bereich des Schlossparks nur diese extrem geringe Zahl von Nestern und Eiern gegeben haben soll und Mitte Mai ausgerechnet nur im Schlosspark nicht einen einzigen Nestling (Jungvogel). Gerade nach der Schließung des Bauzaunes ab 20. April waren die Singvögel in der Hauptbrutzeit ungestört von Passanten, so dass gegenüber vergleichbaren Bereichen eher von einer höheren als einer extrem niedrigen Nesterzahl auszugehen ist. Des weiteren wird weder in der Pressemitteilung des OB noch in den weiteren Stellungnahmen der Stadt in der Presse auf die Wohn- und Zufluchtsstätten anderer Tiere eingegangen, so dass wir bezweifeln, dass diese bei der Erteilung der Ausnahmegenehmigung berücksichtigt wurden. ...

Zu der am Mittwoch in der BZ zu lesenden Ablehnung der von der Initiative Innenstadt gestellten Fachaufsichtsbeschwerde ist aus Sicht des NABU folgendes anzumerken:

„Da wir die gegen den Naturschutz ausgerichtete Amtsführung des derzeitigen niedersächsischen Umweltministers inzwischen zur Genüge kennen gelernt haben, hatten wir uns diesen Weg geschenkt. Herr Sander (FDP) hat bereits mit erschreckender Regelmäßigkeit bewiesen, dass er fachlich eine echte Fehlbesetzung ist und statt dessen seit seinem Amtsantritt sein ganzes Handeln auf die Zerschlagung sowohl des ehrenamtlichen als auch des behördlichen Naturschutzes ausgerichtet - für das Amt eines Umweltministers eine Schande. Für uns war daher zu erwarten, dass die Führungsebene des Umweltministeriums auf eine derartige Beschwerde nur parteipolitische Gefälligkeiten verteilen lässt, statt ihrer Dienstpflicht nachzukommen", so Carlo Fuchs. „Die Art und

Weise, wie hier unsachlich und am Thema vorbei argumentiert wurde, ist aber trotzdem einmal mehr erschütternd. Wir empfehlen jedoch Herrn Hoffmann, über diese angebliche ‚Rechtsauffassung' des Umweltministeriums keine Freude aufkommen zu lassen, denn diese Stellungnahme ist nicht das Papier wert, auf dem sie geschrieben wurde. So etwas kann uns nicht beeindrucken."

Die Strafanzeige wurde abgelehnt.

Der Preis des Schlossparks

Matthias Witte

Wer die Pressemitteilungen der Stadt verfolgt, muss den Eindruck gewinnen, dass ECE ein äußerst großherziger Sponsor ist. Egal, ob es um die Westparkerweiterung, die Umgestaltung der Innenstadt oder die Errichtung der Schlossfassade geht: immer ist zu lesen, dass das Geld dazu von ECE kommt. Was in den Pressemitteilungen meist verschwiegen wird, ist, dass es sich bei diesen Zahlungen um einen Teil jener „Sachleistungen" handelt, für die ECE im Gegenzug das Schlossparkgrundstück erhalten hat. Die vermeintliche Großzügigkeit von ECE entpuppt sich so als gewöhnliche Gegenleistung im Rahmen einer geschäftlichen Vereinbarung. Schaut man noch etwas genauer hin, verkehrt sich der erste Eindruck sogar ins Gegenteil; gehören doch zu den Sachleistungen, die ECE mit dem Preis für das Schlossparkgrundstück verrechnen darf, auch etliche Posten, von denen man annehmen sollte, dass ECE sie ohnehin hätte bezahlen müssen. So darf ECE zum Beispiel die Mehrkosten für die Schlossfassade, die in ihr Eigentum übergehen wird, vom Preis für das Schlossparkgrundstück absetzen. Damit werden die üblichen Sponsorengepflogenheiten auf den Kopf gestellt, insofern damit faktisch die öffentliche Hand (= die Stadt) einem Konzern (= ECE) eine Schlossfassade spendiert.

Schon die merkwürdigen Umstände der eben skizzierten Tauschvereinbarung mögen im Bewusstsein der breiteren Öffentlichkeit weitgehend unbekannt sein. Gänzlich unbekannt und in der Presse nie thematisiert worden sind die Merkwürdigkeiten, die bereits mit der Wertermittlung des Schlossparkgrundstücks einhergehen, die Basis für das besagte Tauschgeschäft war.

Ich kann hier nur einen Punkt dieser Wertermittlung in aller Kürze darstellen:

Der städtische Gutachter ermittelte den Ausgangswert des Schlossparkgrundstücks auf Basis der Werte vergleichbarer Nachbargrundstücke: Diese sind die östliche Bohlwegseite, angesetzt mit 2060 Euro pro Quadratmeter, und die Ecke Bohlweg / Steinweg, angesetzt mit 1290 Euro pro Quadratmeter. Er kommt somit auf einen Wert von 1700 Euro pro Quadratmeter für das Schlossparkgrundstück, also auf ungefähr den Mittelwert.
Es ist nun entscheidend, dass für die Ermittlung eines Grundstückswertes die Qualität des Grundstücks nach Verwirklichung aller Planungsabsichten – in diesem Fall: nach Errichtung des ECE und Bohlwegumbau – maßgeblich ist. Angeblich ist das in der Wertermittlung auch berücksichtigt.

Laut Aussage der Stadt an anderer Stelle wird aber die mit 1290 Euro pro Quadratmeter angesetzte Ecke Bohlweg/Steinweg nach Errichtung des ECE-Centers innerstädtische 1a-Lage sein. (Die westliche Bohlwegseite wird es dann erst recht sein.) Solche 1a-Lagen kosten in Braunschweig ab 3000 Euro pro Quadratmeter aufwärts, die dann nach Logik der Vergleichswertmethode auch dem Schlossparkgrundstück zuzubilligen wären. In der Wertermittlung der Stadt werden nun noch einige Faktoren geltend gemacht, die den Ausgangswert des Schlossparkgrundstücks *angeblich* mindern. Diese werden leider nicht quantifiziert, können aber unmöglich die Diskrepanz zwischen 1700 Euro pro Quadratmeter und 3000 Euro pro Quadratmeter rechtfertigen; eine Diskrepanz, die bei 26 000 Quadratmetern übereigneter Fläche über 30 Millionen Euro ausmacht.

Ich schrieb in dieser Sache und weiteren (die städtische Wertermittlung für das Schlossparkgrundstück besteht aus einer lückenlosen Kette von Merkwürdigkeiten) mehrfach an die Stadt und bat um Aufklärung. Ich habe keine Auskunft erhalten.

P.S.: Die EU hat jüngst die besagte Wertermittlung der Stadt bestätigt. Grundlage dieses Urteils ist ein Gutachten der Beraterfirma KPMG. Diese Firma ist laut Aussage von Dr. Hoffmann von der Stadt abhängig. Die Zweifel an der Wertermittlung der Stadt werden von dieser Nachricht nicht berührt.

Zeittafel

02.03.2001 In einem Artikel der rechts-konservativen Zeitung „Junge Freiheit" erklärte der damalige Oberbürgermeisterkandidat Dr. Gert Hoffmann seine Vorstellung von Vergangenheitsbewältigung in Braunschweig. „Er sprach sich für den Wiederaufbau eines Teils des Braunschweiger Stadtschlosses aus, ... Mit der Errichtung dieses identitätsstiftenden Symbols, so Hoffmann weiter, solle diese ‚große Sünde der Sozialdemokraten an der Stadt' gesühnt werden."

11.09.2002 Entwicklungsvereinbarung zwischen Stadt und ECE bezüglich des Schlossparks.

23.06.2003 Bürgerbegehren zum Erhalt des Schlossparks wird bei der Stadtverwaltung angezeigt.

24.06.2003 Stadt Braunschweig und ECE schließen den Vorvertrag über die Grundzüge der vertraglichen Regelungen für das Vorhaben ECE-Einkaufszentrum Schlosspark.

08.07.2003 Der Rat beschließt Aufstellung des Bebauungsplans IN 220.

08.12.2003 Vereinbarungsentwurf bezüglich der Grundstücksregelung zwischen Land Niedersachsen und Stadt Braunschweig im Bereich Schlosspark. („Kompensationslösung")

19.12.2003 31 524 Unterschriften von Unterstützern des Bürgerbegehrens Schlosspark werden der Verwaltung übergeben.

22.12.2003 Notarielle Beurkundung und Rechtswirksamkeit der Vereinbarung bezüglich der Grundstücksregelung.

27.01.2004 Verwaltungsausschuss lehnt das Bürgerbegehren ab.

23.03.2004 Rat fasst Auslegungsbeschluss. Vom 2. April bis 3. Mai liegt der Bebauungsplan aus.

24.03.2004 Beginn der Vortragsreihe des DGB „Der Schlosspark blüht".

29.03.2004 Die Initiatoren des Bürgerbegehrens reichen Klage beim Verwaltungsgericht Braunschweig ein.

30.04.2004 KG PANTA 34 Grundstücksgesellschaft stellt Bauantrag für Neubau einer Verkaufsstätte inklusive Parkgarage (Portikus der Schlossfassade wird Kaufhauseingang)

03.05.2004 Letzter Tag des ersten Auslegungszeitraums. Während der Auslegung vom 2. April bis 3. Mai werden fast 300 Eingaben bei der Stadtverwaltung eingereicht.

27.05.2004 Abweisung der Klage des Bürgerbegehrens mit folgender Begründung: 1. Bezug auf Bebauungsplan laut NGO unzulässig; 2. Verfristung; Umdeutung eines initiatorischen in ein kassatorisches Bürgerbegehren; 3. Kostenneutralität ist nicht gegeben.

03.07.2004 900 Bürger demonstrieren gegen das geplante ECE-Projekt in der Braunschweiger Innenstadt.

05.07.2004 Rat beschließt Bebauungsplan und Anmietung von Flächen im ECE-Kaufhaus.

31.08.2004 Fachbereich 61, Stadtplanung und Umweltschutz, Abteilung Baurecht erteilt die Baugenehmigung für den am 30. April beantragten „Neubau einer Verkaufsstätte inklusive Parkgarage".

20.09.2004 In einer Anwohnerkonferenz werden Bürger, die in der Nachbarschaft des Schlossparks wohnen, über mögliche Klageformen informiert.

16.11.2004 Klageeinreichung der Normenkontrollklagen und Anwohnerklagen.

20.12.2004 Abweisung der Klage des Bürgerbegehrens beim Oberverwaltungsgericht Lüneburg. Bestätigung der Punkte 1 und 2.

08.02.2005 Das Verwaltungsgericht Braunschweig setzt aufgrund eines Eilantrags der Allianz Immobilien GmbH die Vollziehung der Baugenehmigung aus.

07.03.2005 Der Deutsche Presserat erteilt der Braunschweiger Zeitung für ihre Berichterstattung über die Schloss-Arkaden eine öffentliche Rüge.

07.04.2005 Die Braunschweiger Zeitung meldet, dass ECE der Allianz Immobilien GmbH die Häuser Am Schlossgarten abkaufte. Die Allianz entfällt damit als Klägerin.

20.04.2005 Der Schlosspark wird durch das Aufstellen eines Bauzauns für die Braunschweiger Bürger gesperrt.

26.04.2005 Beschwerdeeinreichung bei der Europäischen Union wegen „unzulässiger Beihilfe der Kommune in Höhe von 8,6 Mio. Euro".

18.05.2005 Die Bäume im Schlosspark werden gefällt. Nach Aussage der Stadt beantragte ECE am 17. Mai nachmittags die Befreiung von den artenschutzrechtlichen Verboten gemäß § 62 Bundesnaturschutzgesetz. Der Antrag wurde am selben Tag genehmigt. Um 6 Uhr begannen die Baumfällungen. Die politischen Gremien wurden zwischen 8 und 9 Uhr darüber informiert.

21.05.2005 Über 2000 Bürger beteiligen sich an einer Menschenkette um den Schlosspark, um so ihrem Protest Ausdruck zu geben.

16.06.2005 Der Naturschutzbund Deutschland (NABU), Bezirksgruppe Braunschweig, erstattet gegen Herrn Dr. Gert Hoffmann sowie gegen Unbekannt Strafanzeige.

13.07.2005 Offizieller Baubeginn für die Schloss-Arkaden (erster Spatenstich).

06.10.2005 Das Oberverwaltungsgericht Lüneburg weist die Eilanträge im Normenkontrollverfahren zurück. Damit besteht keine Chance mehr auf einen Baustopp für die Schloss-Arkaden.

02.11.2005 Grundsteinlegung für die Schloss-Arkaden.

Februar 2006 Die Beschwerde bei der Europäischen Union wird abgelehnt.

Quelle: www. schlosspark-braunschweig.de
Auswahl und Ergänzungen: Silke Böhme

Inhalt

Vorwort 3

I. Wie alles begann...

Stefan Vockrodt: **Wie ECE an den Schlosspark kam** 5
Barbara Schulze: **»Wir machen eine Bürgerbefragung!«** 8

II. Das erste Bürgerbegehren in Braunschweig

Berthold Burkhardt: **Das Bürgerbegehren** 10
Nicole Palm: **Bürgerentscheid zum ECE: Gerichte sagen »nein«** 12

III. Vielfältiges Engagement für den Erhalt des Schlossparks

Hansi Volkmann: **»Der Schlosspark blüht«** 13
Thorsten Stelzner/Ingo Lehnhof: **Bruno und die Schlossgespenster** 16
Matthias Breuer : **Die erste Bürgerkonferenz** 18
Matthias Breuer: **Aus dem Stand** 21
Gabriele Uhlmann: **Widerstand gegen den Bebauungsplan** 22

IV. Propaganda

Matthias Witte: **Die Schlosstäuscher** 25

V. Bürger informieren ihre Mitbürger

Michael Kaps: **Schlossparkfreunde gehen an die Öffentlichkeit** 29

VI. Anregungen und Bedenken sachverständiger Bürger

Uwe Meier: **Prima Klima?** 47
Roland Sellien: **Zur verkehrlichen Integration des ECE** 48
Karl Fr. Eckhardt: **Otto: »Find ich gut«** 50

VII. Rechtliche Schritte zur Rettung des Schlossparks

Karl Fr. Eckhardt: **Alles, was Recht ist** 53
Sigrid Probst: **Vermutete Vorteilsnahme im Amt** 56

VIII. Der Verlust öffentlichen Raums

Holger Pump-Uhlmann: **Inszenierte Stadt — Verkehrte Welten** 58
Alexandra Funke: **Eine psychogeografische Reise** 62

IX. Der Schlosspark fällt — Fakten werden geschaffen

Nicole Palm: **Wie der Braunschweiger Schlosspark fiel** 65
Gabriele Uhlmann: **Die restlose Zerstörung des Schlossparks** 66

X. Die erste Menschenkette in Braunschweig

Meinhard Ritscher: **Eine Stadt trauert um ihren Park** 68
Barbara Schulze: **Der Aufstand der Bürger** 69

XI. Die Strafanzeigen

Carlo Fuchs: **Der NABU stellt Strafanzeige** 71
Matthias Witte: **Der Preis des Schlossparks** 73

Zeittafel 75

Bildnachweis 80

Bildnachweis

Seite 7, Collage: Matthias Bammel; Seite 8, Foto: Holger Pump-Uhlmann; Seite 15, Foto: Sabine Kern; Seite 22, Foto: Gerrit Brodmann; Seite 24, Foto: Gerrit Brodmann; Seite 28, Foto: Braunschweigisches Landesmuseum I. Simon und Oker-landarchiv; Seite 35, Quelle: Stadtarchiv Braunschweig; Seite 36-37, Fotos: Gerrit Brodmann; Seite 38-41, Fotos: Sabine Kern; Seite 42 oben, Foto: Enda Warecka; Seite 42 unten, Foto: Privat; Seite 43, Fotos: Sabine Kern; Seite 44 oben, Foto: Privat; Seite 44 unten, Foto: Sabine Kern; Seite 45 oben, Foto: Enda Warecka; Seite 45 unten, Foto: Sabine Kern; Seite 46, Collage: Marcus Else; Seite 52, Foto: Karl Fr. Eckhardt; Seite 57, Foto: Sabine Kern; Seite 60, Bild nach einem Foto von Alan Clark/Agentur Reuters; Seite 63, Foto: Sabine Kern; Seite 70, Foto: Privat; Seite 71, Quelle: Enzyklopädie der Tiere

Weitere Fotos im Internet:

www.gerrit.brodmann.com
Artistic Photos – Gerrit Brodmann
Individuelle Fotografie und Fotokunst
Rentensiedlung 5
38122 Braunschweig
Telefon: (01 70) 8 91 28 15

www.magninet.de
Sabine Kern
Ölschlägern 17
38100 Braunschweig
Telefon: (01 60) 91 57 37 59

Informationen über unsere Fotografen und Autoren finden Sie im Internet unter **www.schlosspark-braunschweig.de**